

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 M. monatl. Einzelne Nr. 40 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 4 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 8 R., unter Eingangsfrist 10 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsesepischen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 54

Sonnabend, 4. März

1922

Dresden, 3. März.

Das Sachleistungsabkommen vor der Reparationskommission.

(Eigene Meldung.)
Der Reparationskommission ist das in Berlin abgeschlossene neue Sachleistungsabkommen zur Prüfung zugegangen.

Ein gemeinsamer Reichspräsidentenkandidat der Koalitionsparteien.

(Eigene Meldung.)
Wie wir erfahren, werden demnächst zwischen den Parteiführern des Zentrums, der Demokraten und der sozialdemokratischen Partei Besprechungen über die Wahl eines neuen Reichspräsidenten stattfinden. Man nimmt allgemein an, daß die drei Parteien sich auf die Wiederwahlstellung des jetzigen Reichspräsidenten Ebert einigen werden. Die Unabhängigen werden entsprechend ihrer Auffassung, daß ein Reichspräsident unnützlich ist, Wahlenthaltung proklamieren, ebenso werden sich die Kommunisten nicht an den Wahlen beteiligen.

Kabinettsitzung und Direktorialbesprechungen.

(Eigene Meldung.)
Nach der Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin haben gestern vormittag die üblichen Direktorialbesprechungen stattgefunden. Das Kabinett trat nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um sich mit laufenden Geschäften zu befassen. Heute nachmittags gab das Kabinett zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten, die sich u. a. mit dem vorläufigen Abkommen über die Sachleistungen beschäftigen wird.

Beratungen mit den Landesfinanzministern.

(Eigene Meldung.)
Die Finanzminister der Länder sind gestern nachmittags um 4 Uhr unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Herms im Reichsfinanzministerium zu einer Besprechung über die Beamtenbesoldungsfragen zusammengetreten.

Im Verlaufe dieser Besprechung gab Reichsfinanzminister Dr. Herms einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen. Im Anschluß daran begann eine Aussprache über die Frage, in welcher Weise die Grundgehälter erhöht und besonders, ob die Wirtschaftsbereitschaft und die Rinderzulagen in das Grundgehalt mit hineingearbeitet werden sollen.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

(Eigene Meldung.)
Der Reichstag wird seine Plenarsitzungen in der nächsten Zeit hauptsächlich der Beratung des Haushaltsplans für 1922 widmen. Man beachtet, daß die Etatberatung noch vor dem 1. April, also vor dem Anfang des neuen Etatsjahres, zu beenden ist. Des weiteren wird das Reichsmittelengesetz heute in dritter Lesung zur Beratung stehen. Gleichzeitig denkt man an eine rasche Verabschiedung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Mitte März will dann der Reichstag die Steuererlasse zur zweiten Lesung bringen.

Die Frage der deutschen Luftschiffahrt vor der Völkervereinigung.

(Eigene Meldung.)
Die Völkervereinigung trat vorgestern unter Leitung des Reichsministers zusammen. Behandelt wurde die Frage der deutschen Luftschiffahrt. England vertrat die Ansicht, daß eine Kontrolle in Form von nur dann durchgeführt werden könne, wenn die Räumung von Düsseldorf und Duisburg-Kuhleubach erfolgt sei. Frankreich dagegen vertritt den Standpunkt, daß eine Damerkontrolle ohne irgendwelche Zugeständnisse an Deutschland durchzuführen sei. Der englische Völkervereinigung ein Memorandum, worin der Standpunkt der englischen Regierung aufrechterhalten wird. Die Debatte wurde gestern fortgesetzt.

Die Zukunft des Lehrvertrags.

Ein umstrittenes Gebiet im Wirtschaftsleben ist seit dem Lehrlingsverhältnis gewesen. Der Lehrling im Handwerk und im Gewerbe war ein Mittelglied zwischen Arbeiter und Schüler. Auf der einen Seite war es seine Aufgabe, sich für seinen künftigen Beruf mit allen den Voraussetzungen vertraut zu machen, die zur vollen Erfüllung einer Spezialarbeit notwendig waren. Auf der anderen Seite fand er vor dem Bestehen seines Broterwerbs, die ungelernete Kraft in möglichst weitem Maße auch innerhalb der Lehrzeit für die in Frage kommende Arbeit auszunutzen. Die Gefahren, die sich hieraus für den Lehrling und seine soziale Ausbildung ergaben, lagen auf der Hand. In vielen Fällen ist es dem Arbeitgeber weniger darauf angekommen, dem Lehrling die gewünschten Kenntnisse zu vermitteln, als darauf, seine Arbeitskraft zu einem gewinnbringenden Faktor zu gestalten. Es blieb dem Lehrling in solchen Fällen selbst überlassen, auf welche Weise er aus seiner Ausbildungszeit das für ihn Wertvolle und Erforderliche herauszuholen wollte. Das Problem des Lehrvertrags spielt daher auch stark in die sozialen Debatten unserer Zeit hinein. Die Auseinandersetzung im Reichswirtschaftsrat über die Schlichtungsordnung gestaltete sich zu einem Teil auch als Kampf um die künftige Rechtsnatur des Lehrvertrags. Die logische Folge der durch die Reichsverfassung dem Lehrling grundbündlich verbürgten Koalitionsfreiheit wäre die Einbeziehung des Lehrvertragsverhältnisses in die Tarifvertragsbestimmungen und in das Schlichtungsverfahren. Hiergegen machen sich aber in den Kreisen der Arbeitgeber-

schaft verschiedentlich Widerstände bemerkbar. Man sucht hier die entscheidenden Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken und das Lehrlingsverhältnis lediglich als Berufsbildungsfrage zu werten. Es entsteht daraus die Gefahr, daß den Lehrlingen, obwohl sie tatsächlich vielfach als reine Arbeitskräfte betrachtet und behandelt werden, dennoch das aus einer solchen Tätigkeit ihnen zustehende Recht verliert und sie in einem Brocunverhältnis gehalten werden, das ihre soziale Ausbildung und Erziehung zwar nicht gewährleistet, ihre Arbeitsfreiheit aber unantastbar macht. Das entscheidende Moment, das jetzt als Trumpf ausgespielt wird, hat tatsächlich bisher im Verhältnis des Lehrlings zu seinem Meister eine untergeordnete Rolle gespielt. Es ist zwar nach dem geltenden Recht theoretisch in Betracht gezogen worden, doch neben ihm fand im Handwerk, im Gewerbe, im Handel und in der Industrie als gleichwertiger Faktor das Arbeitsverhältnis. Dieses war sogar allein maßgeblich in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Gärtnerei und in einigen anderen Fällen. Bei der Abstimmung im Reichswirtschaftsrat sind zwar die letztgenannten Kategorien von dem Geltungsbereich der Schlichtungsordnung ausgeschlossen worden. Innerhalb der deutschen Gewerkschaften ist diese Stellungnahme, wenn sie auch nur vorbereitender und beratender Natur ist, auf außerordentlich starken Widerspruch gestoßen. Man wird also erwarten dürfen, daß die maßgebenden Arbeitnehmerkreise die Entwicklung dieser Frage in der Richtung verfolgen werden, daß im Lehrlingsverhältnis künftig die volle Arbeitsfreiheit zur uneingeschränkten Geltung kommt.

Novelle zum Branntweinmonopolgesetz.

Der vom 36. Ausschuss des Reichstages verabschiedete Gesetzentwurf über das Branntweinmonopol, der in erster Linie bezweckt, für das Reich neue Einnahmen zu schaffen, setzt in § 84 unter Streichung des Absatzes 2, der eine um 15 Proz. höhere Einnahme für den nicht zu Monopolzeugnissen bestimmten Branntwein vorsieht, die Hektolitererhebung wie folgt fest: „Von dem zu regelmäßigen Verkaufspreisen abgezogenen und von dem zur Herstellung von Monopolzeugnissen verwendeten Branntwein ist eine Einnahme von mindestens 4000 M. für das Hektoliter Branntwein zu entnehmen.“ Die Erklärung eines Vertreters des Reichsfinanzministeriums zufolge soll in dem Worte „mindestens“ die Möglichkeit der Steigerung liegen. Die schlechte Finanzlage des Reichs und die Forderungen der Entente — zumal in England schon jetzt das Hektoliter Branntwein höher bewertet ist als in Deutschland nach Erhöhung der Hektoliter-Einnahme — zwingen dazu, aus dem Branntwein herauszuholen, soviel nur möglich ist. Eine Befreiung des Branntweins durch die Länder wird ausgeschlossen; wo im Jahre 1913 Abgaben erhoben wurden, werden bis 1. Oktober 1924 Entschädigungen gewährt. Die Gemeinden sollen auf Grund des Landessteuergesetzes das Recht erhalten, Branntwein und Bier bis zu 10 Proz. des Kleinverkaufspreises zu besteuern. Gemeinden, die am 1. Januar 1921 Abgaben auf Branntwein erhoben haben, dürfen diese Abgaben für die Dauer von fünf Jahren nach Inkrafttreten der Novelle weiter erheben.

In der am meisten umstrittenen Frage des Verarbeitungsmonopols hat der 36. Ausschuss die Fassung des Reichstags übernommen, dahingehend: „Die Reichsmonopolverwaltung darf nur die dem Massenverbraucher dienenden einfachen Trinkbranntweine herstellen. Als solche sind insbesondere Branntweine von Weinbrand, Korn und Rum und solche gefärbten Branntweine, die mehr als 10 kg Zucker in 100 l enthalten, nicht anzusehen.“ Das im Entwurf der Regierung vorgesehene weitergehende Recht eines Verarbeitungsmonopols ist somit abgelehnt worden. Mehrere Mitglieder des Ausschusses erklärten es für unverständlich, wie im Entwurf ein Verarbeitungsmonopol vorgezeichnet sei, wenn die Monopolverwaltung die Ver-

arbeitung überhaupt nicht aufnehmen wolle. Auch könnten nicht alle kleinen Betriebe vom Monopol übernommen werden. Der Standpunkt der Regierung rechtfertigte Staatssekretär Japp mit der Aufgabe der Monopolverwaltung, nicht nur absolut gereinigte, die Volksgesundheit nicht schädigende, sondern auch möglichst billige Branntweine zu liefern. Verteuerung des Branntweins und Entziehen eines Privatgewerbes seien unausbleiblich, wenn der Verwaltung die Herstellungsbefugnisse entzogen würden. Der Ausschussbeschluss wurde bestimmt: durch die Ermüdung, daß Vernichtung des Privatgewerbes zu beschränken sei, wenn Monopolverwaltung und das von der 15proz. Vorbestimmung und dem Fischzweig besetzte Privatgewerbe unter den gleichen Bedingungen arbeiten könnten.

An Stelle des Fischzweiges hat der Ausschuss beschlossen: Bei dem in den Verlehen gebrauchten Branntwein ist der Weingeistgehalt bis zu einem Liter Inhalt auf dem Flaschenschild, sonst auf der Rechnung zu kennzeichnen. Im Juliande dürfen Korn, Rum, Weindand, Kognak, und Obstbranntwein sowie Verschnitte davon und Steinhäger nur mit mindestens 38 Proz. sonstige Trinkbranntweine nur mit mindestens 35 Proz. Weingeistgehalt, von Ausnahmen für besondere Gegenden und Sorten abgesehen, in den Verlehen gebracht werden. Auf Flaschen usw., in denen Trinkbranntwein gewerksmäßig verkauft wird, müssen Herstellungsort, Hersteller und Herstellungsort angegeben sein. Weichplattkohaltige Nahrungsmittel usw. dürfen nicht in den Verlehen gebracht werden. Der Beirat besteht nach den Ausschussbeschlüssen aus 30 Mitgliedern, von denen der Reichstag 5, der Reichsrat 5, der Reichswirtschaftsrat 3, das Reichsfinanzministerium 17 beruft und 3 Vertreter der Angehörigen des Branntweingewerbes und 3 Vertreter der letzten Verbraucher sind. Die Entscheidungen des Ausschusses betreffen Gewerbesteuerabgaben auf Trinkbranntwein, Umwandlung der Verwertungsbefugnisse des Monopolinstitutes in eine Aktiengesellschaft (womit das Reichsfinanzministerium einverstanden ist), und Gewährung von Entschädigung auch an solche Betriebe, deren Inhaber aus den abgetretenen Gebieten abgemandert sind.

Ägyptens „Unabhängigkeit“

Der beständige Meinungswechsel zwischen England und Frankreich, der seit dem Friedensschlusse das Verhältnis der beiden Länder trübt, hat es Lloyd George zur Pflicht gemacht, so schnell als möglich die innerpolitischen Schwierigkeiten zu bereinigen, die einer kraftvollen Führung der britischen Außenpolitik hindernd im Wege stehen. Dazu gehören die innerpolitischen Schwierigkeiten zu bereinigen, die einer kraftvollen Führung der britischen Außenpolitik hindernd im Wege stehen. Dazu gehören die innerpolitischen Schwierigkeiten zu bereinigen, die einer kraftvollen Führung der britischen Außenpolitik hindernd im Wege stehen.

Es mag logisch bemerkt werden, daß dieser Vorgang kaum geeignet sein dürfte, alle Wünsche der Ägypter zu befriedigen, jedoch es vorzuziehen wäre, die Liquidation der ägyptischen Frage als beendet anzusehen. Inzwischen aber bedeutet doch das Klänge, in dem Ägypten seine nationale Unabhängigkeit beibehalten wird, einen bemerkenswerten Schritt vorwärts. Letzten Endes ist die Entscheidung des englischen Kabinetts auf die Verhandlungen Lord Blandys zurückzuführen, der eigens zu diesem Zwecke nach London gekommen war. Allenby genießt als der Eroberer Jerusalems und Feldmarschall der britischen Armee in seiner Heimat einen guten Ruf. Seine Meinung über die Lage in Ägypten mußte überdies als besonders wichtig gelten, weil er als Vorkämpfer des britischen Vorkämpfers über die maßgebenden Erfahrungen verfügte. Er war es gewesen, der auf Wunsch der englischen Regierung den Extremisten mit Zwangsmitteln entgegengetreten war, der die Deportation Joghul Paschas durchgeführt und dem ägyptischen Sultan jenes provokierende Schreiben zugesandt hatte, das bei den ägyptischen Nationalisten den größten Unwillen erregte und den Handelsboykott in einem solchen Maße verschärfte, daß die Militärpolitik schließlich kein beigen mußte.

Der jetzigen Unabhängigkeitserklärung waren Verhandlungen mit bedeutenden ägyptischen Politikern vorausgegangen, die jedoch alle nicht über jenes Maß von Popularität und Autorität verfügten wie der vertriebene Joghul Pascha. Zunächst wurde mit Waly Pascha verhandelt, der sich jedoch infolge seiner Erfahrungen in London wenig zugänglich zeigte. Besseren Erfolg hatten die Besprechungen mit Sarwat Pascha, der seiner Abhängigkeit nach Kopte und daher nach Rasse und Religion der Mehrheit der Bevölkerung fremd war. Immerhin übernahm er die Aufgabe, mit England zu verhandeln, wobei er als letzte Voraussetzung für eine Verständigung die Aufhebung des Protektorsats, also die Anerkennung der Unabhängigkeit, die Abschaffung des Ständerechts, Freilassung Joghuls und der übrigen Deportierten und das Wiedererscheinen der unterdrückten Zeitungen erklärte. In anderen Punkten zeigte er sich entgegenkommend, so besonders hinsichtlich der britischen Garnison, die bis auf weiteres in Ägypten verbleiben dürfe. Ein ägyptisches Parlament sollte später alle Abmachungen mit England bestätigen.

Diese Verhandlungen mit Sarwat sind allem Anschein nach die Grundlage der zukünftigen Verständigung gewesen. Ob indessen die letztere den sogenannten Extremisten genügen wird, bleibt dahingestellt. In dieser Hinsicht wird ein Urteil nicht früher gefaßt sein, als bis Joghul Pascha, der für jeden Kenner Ägyptens als der einzige anerkannte Führer des ägyptischen Volkes zu gelten hat, nach Kairo zurückgekehrt sein wird. Die von Lord Milner feierlich vorgeschlagene Vereinbarung mit Joghul ist für die Mehrheit des ägyptischen Volkes die einzige Bedingung für eine gerechte Auseinandersetzung mit England. Von dieser Vereinbarung ist aber das jetzige Entgegenkommen des englischen Kabinetts noch recht weit entfernt, denn trotz aller scheinbaren Zugeständnisse wird sich an dem staatlichen Verhältnis zwischen Ägypten und England nur wenig ändern. Das letztere behält trotz der ägyptischen Gejandten und Konjulu das letzte

Wort in allen Fragen der auswärtigen Politik, nachdem Lloyd George erklärt hat, daß es keine anderen Nacht gestillt werden würde, die besonderen Beziehungen Großbritanniens zu Ägypten zum Gegenstand einer Äußerung zu machen.

Steuerkompromiß und Zwangsanleihe.

Der Reichszankler Dr. Brüch wird die Besprechungen mit den Fraktionsführern über das Steuerkompromiß bereits heute wieder aufnehmen. Eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an diesen Besprechungen kann, wie "Die Zeit" mitteilt, nur dann in Frage kommen, wenn sie nicht nur von der Regierung, sondern von der gesamten Regierungskoalition eubdrücklich gewünscht wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern abend mit dem Steuerkompromiß. Das sozialdemokratische Mitglied des Steuerausschusses wurde von der Kommission beauftragt, heute von der Volkspartei eine Erklärung über ihre Stellungnahme zum Kompromiß zu verlangen.

Zur Frage der Aufbringung der Zwangsanleihe teilt der sozialdemokratische Parlamentarier mit, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dahin wirken werde, daß mit Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf des Reiches möglichst bald ein erheblicher Teil der Zwangsanleihe zur Erhebung gelangt, und daß der Rest nach Fertigstellung der Einschätzung der Vermögen einzogezogen werde.

Zur Frage der Aufbringung der Zwangsanleihe teilt der sozialdemokratische Parlamentarier mit, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dahin wirken werde, daß mit Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf des Reiches möglichst bald ein erheblicher Teil der Zwangsanleihe zur Erhebung gelangt, und daß der Rest nach Fertigstellung der Einschätzung der Vermögen einzogezogen werde.

(Eigene Meldung.)

Aus den Mittelparteien wird berichtet, daß sowohl im Zentrum, bei den Demokraten wie bei der sozialdemokratischen Partei immer mehr die Ansicht die Geltung erhält, daß neben der Zwangsanleihe doch eine freie Anleihe aufgelegt werden kann.

Dr. Hermes und der Reichszankler.

Die "Vossische Zeitung" bezeichnet den Brief des Reichsministers Dr. Hermes an den Reichszankler, in dem er ersucht, ihm entweder das Reichsfinanzministerium oder aber das Reichsernährungsministerium wieder abzugeben, als eine Offensive gegen den Zankler.

langler, in dem er ersucht, ihm entweder das Reichsfinanzministerium oder aber das Reichsernährungsministerium wieder abzugeben, als eine Offensive gegen den Zankler. Das Reichszankler hat dem Reichsminister Dr. Hermes geantwortet, daß er die Angelegenheit nicht weiter verfolgen werde.

Der Botschafter für Washington.

(Eigene Meldung.)

Der Reichszankler hat dem deutschen Gesandten Dr. Pfeiffer in Wien den Posten des deutschen Botschafters in Washington angetragen. Dr. Pfeiffer hat, von dieser Berufung abzusehen, und hat sich Bedenken vorbehalten.

Die neue Teuerungswelle.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihren Vorstand beauftragt, dem Reichszankler unverzüglich wegen der denunzierten neuen Preissteigerungen des Brotgetreides vorstellig zu werden.

Die neuen Verhandlungen mit Rußland.

(Eigene Meldung.)

Wie wir bereits, unterrichtet von zuverlässiger Seite, mitteilen konnten, wird die russische Delegation unter Führung von Wadew in den nächsten Tagen wieder in Berlin erwartet.

Die deutsche Artilleriegeschichtsvorrichtung in französischer Betrachtung.

Wolffs Telegraphisches Bureau verbreitet nachfolgende Ausführungen: Eine Telegraphenagentur verbreitet Mitteilungen des französischen Ministerpräsidenten Poincaré über die deutsche Artilleriegeschichtsvorrichtung, die nach einer dort wiedergegebenen Behauptung den Offizierkrieg in begrifflicher Weise rühme.

wird. Eine solche ist auch durch den Vertrag von Versailles nicht untersagt.

Die Ueberwachung Deutschlands durch die Entente-Kommissionen.

Wie die "Münchener Neuesten Nachrichten" berichten, fand sich dieser Tage im Rathaus von Regensburg eine Entente-Kommission, aus Engländern bestehend, ein, um die Nachweise über die Vollzugsstärke nachzuprüfen.

Die Flotte im Reichshaushalt.

Der Haushalt der Reichsmarine für das Jahr 1927 sieht nach dem Vorschlag Ausgaben in Höhe von 972 754 026 M. vor, von denen 855 312 026 M. fortwährende Ausgaben sind.

Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz.

Im Reichsarbeitsministerium haben neue Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Epigenorganisationen der Gewerkschaften über den Arbeitszeitgesetzentwurf stattgefunden.

Die Not der Presse vor dem Reichswirtschaftsrat.

Die nächste Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates findet heute statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Eingabe des Vereins deutscher Zeitungsverleger in Berlin vom 26. Januar d. J. betr. die bedrohte Lage der deutschen Presse.

Die neue thüringische Kreis- und Gemeindeordnung.

(Eigene Meldung.) Die dem thüringischen Landtag zugegangene

neue Gemeinde- und Kreisordnung ist von Regierungseite dahin erklärt worden, daß Thüringen ein geeignetes Objekt für den Versuch der Einführung einer erweiterten kommunalen Selbstverwaltung nach dem Muster der englischen Kommunalverwaltung darstelle.

Der Fall Rodtroh.

Zu der Interpellation im englischen Unterhaus über die angebliche Herstellung großkalibriger Waffen in Sachsen wird mitgeteilt, daß es sich um den Hubschrauber bei der Firma Rodtroh in Dresden-Gebelnau handelt, wo vor einiger Zeit alte Mörtersprengkörper gefunden wurden.

Aus den Geheimnissen der Eisenbahngewerkschaft.

Über die letzten Ziele des jetzigen Vorstandes der Eisenbahngewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten geben Enthüllungen aus den Geheimnissen des Reichsausschusses Aufschluß, die das "Berliner Tageblatt" in seiner heutigen Nummer mitteilt.

Betreibung des Wiederaufnahmeverfahrens im Jagow-Prozesse.

(Eigene Meldung.)

Wie wir erfahren, hat Dr. v. Jagow, der gegenwärtig in Gorkow in Pommern seine Festungstrafe verbüßt, seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Grünwald, ersucht, das Wiederaufnahmeverfahren beim Reichsgericht in Leipzig zu betreiben.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 3. März.

Das altorientalische Rathaus in Plauen i. B.

Vor kurzer Zeit erschienen im "Dresdner Anzeiger" zwei Artikel (Nr. 611, 1921, und Nr. 12, 1922) über die Erneuerung des Rathauses zu Plauen i. B. Als hiesiger Bauminister während der Jahre 1875 bis 1884 nehme ich Stellung zur Sache und berichtige und ergänze ich, wie nachfolgend, beide Artikel.

Bruntgiebelhöhe eingebaut. Diese Aufhebung der Haupttreppe und des Haupteinganges an der Hauptfassade machte einen zweiten Haupteingang notwendig, den Löwe als Haupteingang, liegend in einem Winkel an der rechten Hausseite, zugänglich durch eine große Freitreppe im italienischen Renaissancestil, anschließend der Architektur des Stadthauses, behandelte.

war. Die entstandene Schräge wurde mit feinsten Platten abgedeckt und trat als Laubdach in Erscheinung. Außerdem erhielt der Vorbau, der keine besonderen Ueberzierungen zeigte, glatten Absatz und blieb so im Einklange mit dem Pube aller Rathausfassaden.

Um dem Arbeitslabirint des Oberbürgermeisters Licht zu bringen, hatte Löwe ein kleines Fenster durchbrechen lassen, das keine Umrahmung zeigte und so einen sehr nüchternen und förenden Eindruck machte.

word durchaus gesund und stabil befunden. Restaurierung und Rekonstruktion der Rathausfassaden nach meinen Plänen kam unter meiner Leitung durch die Baumeister und Architekten Härtel und Behm (Akademiker) zu Plauen in sachgemäßer architektonischer und konstruktiver Weise zur Ausführung.

Opernhaus. (v. Hütows "Martha") In dieser im Rahmen der Vorstellungen für den Verein der "Dresdner Volkssöhne" stattfindenden Aufführung der Hütowschen Oper trat Max Hitzel vom Stadttheater in Järich nochmals auf, und zwar als Hymel.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem Hause Hohenzollern.

Der Vertreter des Hauses Hohenzollern hat der preussischen Regierung vorgeschlagen, das Reichsgericht mit der sachdienlichsten Entscheidung in der Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem Hause Hohenzollern zu betrauen.

Oberpräsident Noke über die Erfordernisse der Zeit.

(Eigene Mitteilung.)
In einer in Wilhelmshagen bei Warburg von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung hielt Oberpräsident Noke eine Rede, in der er u. a. das Folgende ansprach: Die Schaffung einer reinen Arbeiterregierung sei zwar das höchste Streben der Sozialdemokratie, doch könnte dieses Ziel nur dann erreicht werden, wenn die Mehrheit des Volkes dahinter steht. Eine Majorität der Arbeiter aber hätte das Reich in den Abgrund. Die politische Revolution scheint vorüber zu sein, die wirtschaftliche jedoch noch lange nicht. Die Sozialisierung könne nicht in kurzer Zeit durchgeführt werden, da dieses Ziel nur erreichbar sei in intimer Zusammenarbeit zwischen Hand- und Kopfarbeitern. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte er, daß die Sozialdemokraten aller Länder in nächster Zeit sich zusammenfinden werden, um eine Wiederrichtung des Friedensvertrages anzustreben. Schwere Erschütterungen können in den nächsten Wochen eintreten, und es sei Aufgabe des deutschen Volkes, hierbei bei den Gläubigern an seine Kraft zu verharren.

Die Erweiterung der Regierung in Bayern.

Aber die Erweiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition in Bayern durch die Hinzunahme der bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale) und Deutsche Volkspartei fanden nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ am gestrigen Donnerstag zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Preysersfeld und den übrigen gegenwärtig in München anwesenden Ministern neuerdings Besprechungen statt.

kleine Nachrichten.

Berlin, 3. März. Die Strafkammer verurteilte gestern den Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, v. Schilling, der in einem Artikel über den Kaufmann Vertrag mit den Deutschen Reich von einem Panama der Sozialdemokratie gesprochen und dabei den Reichsanwalt Bauer, den Reichsminister a. D. Wissel und den Reichspräsidenten hoch beschuldigt hatte, wegen Beleidigung zu 30 000 M. Geldstrafe.
Hamburg, 3. März. In der Bürgerkammer ist der Vorstand für das am 1. März beginnende neue Geschäftsjahr neu gewählt worden. Der Präsident ist mit 134 gegen 74 Stimmen der Volkshochschulrat Hof wiedergewählt worden. Bei der weiteren Wahl ergab sich durch einen Zufall, daß die Mehrheit des Präsidiums von Sozialdemokraten gebildet wird. Des weiteren beschloß die Bürgerkammer endgültig die Einrichtung einer ständigen Pressestelle in Hamburg.
Halle, 3. März. Der Kommunist v. d. d., dessen Aussagen über den mitteldeutschen Busch in den bei Clara Zetkin besitzenden Alken besonders bezeichnend für die kommunistische Parteileitung waren, ist jetzt aus der Untersuchungshaft entlassen worden.
München, 3. März. Am 12. März wird in Regensburg der Oberpfälzer Stammverband des bayerischen Heimat- und Königsbundes, hervorgegangen aus den Wirren in der Königspartei, unter Führung von Dr. Heim und

Dr. Kiehl, des früheren Würzburger Universitätsprofessors und jetzigen Regensburger Dom-Dekan, gegründet werden.

Dresden, 3. März.

Einigung der Parteien in Oesterreich.

(Eigene Mitteilung.)
Wien, 3. März. In einem offiziellen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Parteiführer mit der Regierung in der Kredit- und Sanierungsfrage zu einer Einigung geführt haben. Bundeskanzler Schöberl wird in der heutigen Sitzung des Nationalrates eine längere Rede halten, in der er mitteilen wird, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteiführern den Erfolg gehabt haben, daß die Ausgaben des Staatshaushalts herabgesetzt sind. Die Regierung ist entschlossen, weitere Lohnforderungen der Staatsarbeiter nicht mehr zu bewilligen. Zur Steigerung der Staatseinnahmen ist eine Erhöhung der Tabaksteuer, der Alkoholsteuer, der Zölle usw. vorgeschlagen.

Tschecho-Slowakei und Südslawien.

Prag, 3. März. Über die Verhandlungen des Ministerpräsidenten Dr. Beneš mit dem südslawischen Minister des Auswärtigen Dr. Rinschitsch wurde folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Die beiden Minister unterzeichneten sich in der gestrigen Konferenz über ihre politischen Unterredungen in Bukarest, Paris und London. Sie erörterten alle Fragen der internationalen Lage der beiden Länder und des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten. Insbesondere besprachen sie sich mit der Genueser Konferenz, der Organisation der vorbereitenden Aufgaben und der Zusammenkunft der Sachverständigen der beiden Entente und Potens, die in Belgrad am 5. März beginnen wird. Die Minister konstatierten in allen besprochenen politischen und wirtschaftlichen Fragen ihre volles Einvernehmen.

Verständigung der Kleinen Entente.

Bukarest, 3. März. Die tschechoslowakische Regierung erklärte ihre Zustimmung zu den auf der rumänisch-serbischen Konferenz gefassten Beschlüssen, wonach jede Erörterung oder Abänderung der Friedensverträge auf der Genueser Konferenz ausgeschlossen sein soll. Ministerpräsident Beneš wünscht, daß die Konferenz der Sachverständigen in Belgrad auf den 15. März verschoben werde.

Das ungarische Wahlrecht.

Budapest, 3. März. Nach der Regierungsverordnung über das Wahlrecht für die nächste Nationalversammlung sind Männer, die ihr 24. Lebensjahr erreicht haben, seit 10 Jahren ungarische Staatsbürger, seit 2 Jahren in einer Gemeinde anwesend sind und vier Elementarklassen absolviert haben, ferner Frauen über 30 Jahre, die sechs Elementarklassen absolviert haben, wahlberechtigt. Das passive Wahlrecht besitzen sämtliche Wähler im Alter über 30 Jahren. In Budapest wird geheim nach dem Prinzip der proportionalen Wahllisten, in den Städten mit Munizipalrecht ebenfalls geheim, in der Provinz offen abgestimmt werden.

Parteiabwicklung in Ungarn.

Budapest, 3. März. Hier wurde die Nationale Bürgerpartei unter dem Vorsitz des früheren

Handelsministers Hans Heinrich gegründet. Die neue Partei wünscht eine stärkere, demokratische, konstruktive Realpolitik. Die Unabhängigkeits- und Achtundvierzigerpartei hat ihre Auflösung und den korporativen Eintritt ihrer Mitglieder in die einheitliche Regierungspartei beschlossen.

Lloyd Georges Ultimatum an die Unionisten.

Die Krise im Gebäude der englischen Koalition konnten zwar die Stellung des Ministerpräsidenten nicht ernstlich gefährden, aber sie haben doch für die Zukunft höchstlebens zur Entscheidung, denen das Kabinett in einem ungünstigeren politischen Augenblick vielleicht nicht mehr gewachsen sein würde. Lloyd Georges Politik ist so vielfältig verzweigt und verflochten, daß es schwer ist, in jedem einzelnen Falle zu erkennen, ob man es mit einem Erfolg oder Mißerfolg zu tun hat. Für die, welche um jeden Preis zur Kritik bereit sind, bieten sich aus dieser Unübersichtlichkeit des politischen Tatbestandbildes mannigfaltige Vorwände zum Angriff. An solchen Vorwänden gegen das Kabinett hat es in der letzten Zeit nicht gefehlt. Doch sie aber auch aus der Mitte der Unionisten heraus, also aus dem Inneren der Koalition selbst, erfolglos, konnte vom Ministerpräsidenten, der seine Politik auf dieser Koalition aufbauen mußte, unmöglich ruhig hingelassen werden. Lloyd George hat sich daher zu dem nicht ganz gewöhnlichen Schritt entschlossen, an Austin Chamberlain einen Brief zu schreiben und ihm zu erklären, daß er nicht länger mit ihm zusammengehen könnte, wenn Sir George Younger als Vorkämpfer der konventionellen Partei auftreten dürfte. Zur weiteren Zusammenarbeit mit Chamberlain und Balfour erklärte sich Lloyd George jedoch bereit. Und er stellt die Forderung der Unionistischen Mitglieder der Koalition vor die Wahl, ob sie für die Loyalität innerhalb der Koalition sorgen wollten, oder ob er von seinem Posten als Ministerpräsident zurücktreten sollte. Dieses Ultimatum, dem anders kaum man es nicht bezweifeln, kann nicht als ein Beweis von Antimilitarität des Ministerpräsidenten gedeutet werden. Es stellt vielmehr lediglich ein laßliches Mandat dar, zum Zweck, die Luft innerhalb der Koalition zu reinigen. Und obwohl innerhalb der Unionisten eine nicht zu unterschätzende Gegenströmung gegen Lloyd George besteht, so scheint man doch in England zu erwarten, daß der mögliche Einfluß Chamberlains und Balfours sich durchsetzen wird.

Um die Koalition in England.

London, 3. März. In politischen Kreisen herrschte den ganzen Tag reger Tätigkeit. Zwischen den einflussreichsten Mitgliedern der verschiedenen Gruppen fanden wichtige Besprechungen statt, doch ist der Ernst der Lage in keiner Weise gemindert. Lloyd George erschien kurze Zeit im Unterhause. Von zuvörderiger Stelle wird erklärt, daß die Unionistischen Minister sowohl vom internationalen wie vom nationalen Standpunkte aus die Aufrechterhaltung der Koalition für unbedingt notwendig halten. Balfour wird in einer Rede, die er am Dienstag in der City-Hall halten wird, nachdrücklich für diese Ansicht eintreten. Doch wurde bis jetzt noch kein Mittel angegeben, wie man den weitgehenden Meinungsunterschied zwischen den unionistischen Ministern und einem großen Teile ihrer Anhänger überbrücken könnte.

Englands Zahlungen an Frankreich.

London, 3. März. In der gestrigen Unterhausdebatte erklärte der Schatzkanzler, daß die

britische Regierung an Frankreich 40 Mill. Pfd. Sterl. gezahlt habe, als Entschädigung für die Benutzung der Eisenbahnen usw. im Kriege. Im britischen Staatshaushalt würden auf Grund der Beschlässe der Washingtoner Konferenz im nächsten Finanzjahr Ersparnisse von etwa 10 Mill. Pfd. Sterl. gemacht werden.

Englands Flottenaufrüstung.

London, 3. März. Im Unterhause kam der Schatzkanzler Sir Robert Horne auf die Verminderung des Flottenpersonals zu sprechen. Die Regierung ist demnach zu dem Beschluß gekommen, daß sie das Personal nur auf 98 000 Mann herabssetzen könne. Hinsichtlich der Landbarren schlägt die Regierung die Auflösung von 24 Minenbataillonen und 5 Kavallerieregimenten vor. Die Artillerie soll um 40 Proz. vermindert werden. Dadurch würde eine Ersparnis von 181 Mill. Pfd. Sterl. erzielt werden.

Vertagung des Dail Circuit.

Dublin, 3. März. Nachdem die gestrige Sitzung des Dail Circuit abgebrochen mit schiefen Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsanhängern und den Vertragsgegnern verbracht worden war, vertagte sich der Dail Circuit auf den 24. April.

Das belgisch-luxemburgische Wirtschaftsabkommen.

Brüssel, 3. März. Der Senat hat das belgisch-luxemburgische Wirtschaftsabkommen mit 93 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Konferenz über Kriegsbeschädigtenorganisation.

Genf, 3. März. Auf Anregung der großen internationalen Kriegsbeschädigtenverbände und des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes sind gestern unter Vorsitz von Albert Thomas im Arbeitsamt sechs Kriegsbeschädigtenverbände und vier Sachverständigen der deutschen, französischen, englischen und italienischen amtlichen Fürsorgebehörden zu einer Konferenz über die Kriegsbeschädigtenorganisation, soweit sie in das Gebiet der Arbeitsorganisation fallen, zusammengetreten. Die Beratungen galten vor allem den Problemen der Orthopädie und der Prothese, die durch eine internationale Konferenz und vergleichende Untersuchungen der betreffenden Organisationen in den einzelnen Ländern gefördert werden sollen.

Blockade in Spanisch-Marokko.

Paris, 3. März. Havas meldet aus Rabat: Da das am Abde Ram gerichtete Ultimatum gescheit abgeblasen war, ist mit der Blockade der Gegend von Algeziras sowie mit den Vorbereitungen für die Auslieferung der Truppen begonnen worden.

Unterzeichnung des schwedisch-russischen Wirtschaftsabkommens.

Stockholm, 3. März. Das vorläufige schwedisch-russische Wirtschaftsabkommen ist vom schwedischen Handelsminister und dem hiesigen Sowjet-Vertreter unterzeichnet worden. Das Abkommen bedarf noch der Zustimmung des Reichstages.

wenn er freier und lockerer würde. Befähigen wir bezüglich der gesanglichen Kultur an unserer Bühne viele gute Vorbilder, so würde man davon sein besonderes Wissen machen. So aber möchte man doch immer noch darauf hinweisen, daß der ansehend junge Sänger sich als solchen nicht für jetzt halten möchte. Doch er auch in der Darstellung noch etwas unzufrieden und nicht eben nach dieser Seite hin befähigt. Hier dürfte der Spielleitung die Aufgabe winken, ihm die nötigen Anregungen zu geben, wenn er der Lust wäre. D. S.

Konseratorium. (Prüfungsaussführung.)
Es war die fünfte der Prüfungsaussführungen, die mich gestern ins Vereinshaus tief, und es war eine solche unter Mitwirkung des Schichtleiters, dessen Leitung jetzt in die Hände Raczeks übergegangen ist, von dessen erzieherischem Wirken man sich schon etwas versprechen darf. Im Mittelpunkt des Interesses standen diesmal aber natürlich wieder die Einzelleistungen der Prüflinge, von denen diesmal die im Klavierpiel denen im Gesang so ziemlich die Wage hielten — der Zahl nach zum mindesten. Ich hörte zwei Schillerinnen der Klasse Fel. Zimmermann alle drei machen. Sie bewiesen die zielbewusste und immer grundlegend bleibende Sachfertigkeit in der Wiedergabe eines D-Moll-Rondos des Altmeyers. Aus der Meisterklasse Rappoldi-Kahler stammte eine vortreffliche Schülerin, die in Säpen aus Tschaikowskys G-dur-Rondos Gelegenheit fand, schon recht erfolgreiche Studien auch im musikalischen Vortrag zu beweisen. Zwischen die beiden Programmnummern hörte ich einen jungen Trompeter-Teilhabenden und eine Gesangsnummer. Der erstere ließ gleich im Anfang die gute Schule (Klasse Friedrichmann) erkennen. Aber auch die sonstige technische Beherrschung des Instruments ließ kaum etwas zu wünschen übrig. Sanderheit der Posaunen und ausgeglichene Tongebung waren zu loben. Auch der junge Dirigent (aus der früheren Klasse Striegler) machte seine Sache

nicht nur rein technisch gut, sondern verriet eine gewisse führende Begabung. Die Gesangsnummer war eine mit einer auch im Timbre angenehmen Mezzopranstimme begabte Schülerin der Klasse Fel. Weilen. Sie sang die Mignon-Romanze „Komm du das Land“, soweit sie nicht über die Mittelstimmhöhe hinausspannt, recht ansprechend. Die Übergänge zwischen ihr und den tieferen und höheren Tönen hatten noch der Ausgleich. D. S.
Lehrergesangverein. Ein Abfchickelkonzert! Prof. Friedrich Brandes zog sich am gestrigen Abend im Gewerkschaftsraum der Leitung des Vereins zurück, den er fast 24 Jahre musikalisch betreut hat. Am 28. Juni 1898 erlangte er als 34-jähriger und als Nachfolger des überaus feinsinnigen Prof. Eugen Kramp bei seinem ersten Auftreten, besonders mit der Aufführung des (nachgelassenen) Chores von Franz Curt. Mein ist die Welt einen glänzenden Erfolg. Und so ist es geblieben, ob auch die Stimme des Weltkrieges dem Verein für Jahre die jüngeren Mitgliedschaften, jedoch an manchen Wohlthatigkeitskonzerten nur 45 Sänger auf den Plan treten konnten. Prof. Brandes hat die Fahne der Kunst hochgehalten und nach der Beendigung des großen Ringens den Bestand der Sängerschaft wieder auf die frühere Höhe gebracht. Das zeigte sich so recht am gestrigen Abend, an dem zwei in Dresden seit Jahren nicht geübte umfangreiche Chorwerke in machtvoll wirkender Wiedergabe erklangen. Zunächst hörte man Kurt Strieglers Hölle: „Der Conger“ (Text von E. G. Seeliger) unter der frischen Leitung des Komponisten. Es ist eine Jugendarbeit, die aber, trotz der breiten Anlage und allem Sturm und Drang, ihre Wirkung nicht verfehlt. Chor und Orchester sind sorgfältig gegeneinander abgeglichen und die beiden Solostimmen, Sopran und Bariton, haben sich trefflich heraus und dank Frau Bieder-Rimpels und Dr. Burgs (Einsänger) bedeutungsvoller Gesangsleistung. Vom Anfangswort des „Hölle“ ist der Dichter ausgegangen. Er hat nur, daß das Wort keine klappere Fassung empfing. Striegler lebendige

musikalische Schöpfung und Wiedergabe hat ihre bemerkenswerten Höhepunkte. Das Hauptstück des Abends bildete J. R. Ricobes Symphonie-De „Das Meer“. Darüber sind die Akten längst geschlossen, seit seiner Erde der 80er Jahre erfolgten Umfassung im Leipziger Gewandhaus durch die Pauliner. Theobald Berner hat das Ganze einmal in Dresden mit dem Buchdruckerangehörigen aufgenommen, der wesentliche Chor der Symphonie-De „Das Meer“ ist von zahlreichen einheimischen Vereinen gesungen worden. Die gestrige Gesamtauführung reichte der Geschichte des Lehrergesangvereins ein neues Ruhmesblatt ein. Die Aufstrebenden werden die kühnen Eindrücke dieses Tonbildes (Wellenjagd, Meerestuchten, Ebbe und Flut) nicht so bald vergessen. Trefflicher bewährte sich das Philharmonische Orchester. Prof. Brandes wurde härmlich gefeiert und empfing als äußeres Zeichen einen mächtigen Lorbeerkranz. Der Dichter der Symphonie-De Scheimrat Prof. Karl Wermann wohnte der Aufführung bei. Aber die Ehrungen des Scheinenden Chormeisters im Rahmen des Vereins wird an anderer Stelle berichtet. D. S.

(N.) Seine Amtsnachfolge Dr. Reuder.
In der Presse wird eine Notiz verbreitet, wonach der Intendant der Staatstheater Dr. Reuder amtsübrig sei. Wie Dr. Reuder mitgeteilt hat, ist diese Behauptung frei erfunden. Naturgemäß haben die Dresdener Staatstheater, ähnlich wie viele andere Theater, mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Gerade um sie zu überwinden, wurde Dr. Reuder auf seinen Posten berufen. Es ist zu bedauern, daß durch das Beendigen derartiger Notizen in durchsichtiger Absicht der Versuch gemacht wird, ihm seine Aufgabe zu erschweren.

Wissenschaft und Technik.
Auf Anregung der Döngler-Vereinigung für Naturforsch. und Naturerkenntnis, die sich jetzt gebildet hat,

erklärte der Senat des Freistaates Danzig das im Fort von Soblowitz gelegene Meer zum Naturdenkmal und schloß es von jeder forstlichen und landwirtschaftlichen Nutzung aus. Das Meer umgibt, wie Dr. Hengsten in der Zeitschrift „Naturforsch.“ berichtet, rings in bester Zone das Meer. In seinen Ufern, danken von bewaldeten Höhen umschlossenen Waldes und gehört fernöstlich zum Typus der Spangnum-Schwammschnee. Die Pflanzenwelt des Meeres enthält eine Reihe bemerkenswerter Arten; so befindet sich hier der in ganz Westpreußen einzige Standort der zarischen Carex chorodorrhiza, die durch Entwürfing der Meeresküste immer seltener wird.

— Der Privatdozent an der Technischen Hochschule Dresden und Assistent von Prof. Höppl, Dr.-Ing. Heinrich Gendy, hat einen ehrenvollen Ruf an die Technische Hochschule Delft (Holland) als Leiter für angewandte Mechanik erhalten und angenommen.

Literatur.
† In Paris ist der dramatische Schriftsteller Henry Bataille gestorben.

Abende: Kunst.
In der Hauptversammlung des Architektinnenvereins zu Berlin wurden die Preisträger im Schinkel-Wettbewerb 1922 bekanntgegeben. Auf dem Gebiet der Hochbauten (Entwurf zu einem Handelshaus für die Industrie der Mark Brandenburg) erhielt den Staatspreis und die Schinkel-Plakette Regierungsbauführer Dipl.-Ing. Otto Rietsch (Berlin), die Schinkel-Plakette Regierungsbauführer Dipl.-Ing. Willi Gensmer (Berlin-Steglitz); auf dem Gebiet der Eisenbahnbauten (Entwurf zu einem Grenzbahnhof) erhielten die Schinkel-Plakette Regierungsbauführer Eugen Reyer (Elsfeld) und Dipl.-Ing. Georg Bant (Jüterbog). Die Preise werden auf dem Schinkelfest des Architektenvereins am 13. März verteilt.

Die baltischen Staaten und Genau.

Riga, 3. März. Sämtliche baltischen Staaten haben sich entschlossen, auf der Konferenz von Genau sich gemeinschaftlich zu vertreten...

Die Polen in Litauen.

Berlin, 3. März. Aus Rom wird gemeldet: Das neue litauische Kabinett beabsichtigt, den litauischen Polen die Bildung eines polnischen Nationalrates für polnische Angelegenheiten anzubieten...

Polnische Kabinettskrisis.

Warschau, 3. März. Der polnische Außenminister Skirmunt hat in der Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ganz unerwartet den Antrag auf ein außerordentliches Vertrauensvotum für seine Außenpolitik gestellt...

Argentinien und Genau.

Buenos Aires, 3. März. Ein höherer Beamter erklärte, die argentinische Regierung habe keine Schritte unternommen und werde keine unternehmen, um zur Konferenz von Genau zu gelangen...

Kleine Nachrichten.

London, 3. März. Lord Trevelin, der sich im letzten Jahr zum Vordorberichtern ernannt worden ist, hat seine Entlassung eingebracht...

Belgrad, 3. März. Da ein Einvernehmen nicht erzielt werden konnte, sind die Verhandlungen mit der österreichischen Delegation wegen Aufhebung des Sequesters wieder abgebrochen worden...

Belgrad, 3. März. Angesichts der Verordnung des Finanzministers, wodurch der freie Devisenhandel aufgehoben und unter strengen Maßnahmen der Nationalbank übertragen wurde...

Rom, 3. März. Der König hat die Delegation des Postministers Cefaro angenommen und zu seinem Nachfolger den Abg. Fulci ernannt...

Davos, 3. März. Der schweizerische Generalsekretär in Berlin, Alfred v. Planta, der zur Beerdigung seines Sohnes hierher gekommen war, ist gestern an einer Lungenerkrankung gestorben...

Lohnbewegung.

Dresden, 3. März. Der Transportarbeiterstreik, der in Dresden und einigen anderen Orten Sachsens ausgebrochen war, ist wieder beendet, nachdem die Verhandlungen im Arbeitsministerium zu einem befriedigenden Resultat geführt haben...

Stettin, 3. März. Die Hafenarbeiter sind am Donnerstag in den Aufstand getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 50 Proz.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 3. März.

Die Möbelmesse Dresden 1922.

Vor einer Versammlung von Vertretern der sächsischen Behörden - der Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministeriums hatten Stellvertreter entsandt; von der Reichshauptmannschaft und den Amtshauptmannschaften waren eine Anzahl Herren zugegen...

Ministerpräsident Dr. Klien sprach als Vertreter des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministeriums sowie als Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe im Wirtschaftsministerium...

Bei der Überfüllung der höheren Schulen dürfte es vielen Eltern wichtig sein zu erfahren, dass die neue Schule in Hellerau noch einige Tageskinder in den Klassen VI bis VII aufnehmen kann...

Der Lehrergesangsverein ehrte seinen scheidenden Chormeister Prof. Friedrich Brandes nach dem Kongress im engsten Kreise im Übungssaal (Räucherstraße)...

Wegen angeblich verheirateter Liebe richtete der 1904 in Halberstadt geborene, in Weisböhla wohnhafte Kaufmannslehrling Alfred S. am 1. März abends in der neunten Stunde in Vorstadt Gotta aus der Leutenwipser Straße die Waffe gegen sich...

Sächsische Angelegenheiten.

Internationaler Stenographentag in Dresden.

In den Tagen vom 7. bis 10. August d. J. findet in Dresden ein internationaler Stenographentag statt.

Planen i. S. In Planen i. S. sind am 22. Februar 1922 Kollerwerkzeuge gemeldet worden.

Delänig i. S. Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Delänig i. S. mit Einschluß der Städte Delänig i. S., Wörz, Marktneufelden und Schöndorf ist eine Zwangsplanung für das Damen-Ischneiberhandwerk erzwungen worden.

Klingenthal. Die Erklärung der Bädermeisterinnung zu Klingenthal über die Einstellung des Baders von Markendroi hat unter der Einwirkung der Besatzung allgemeine Entrüstung verursacht...

Kue. Die Stadtbauverordneten haben die Annahme einer Anleihe von 700 000 M. beim Landeswohnungsamt zur Deckung der sächsischen Baukostenzuschüsse auf das Jahr 1920 genehmigt...

Neukirch. Die Stadtbauverordneten haben nach einer abgemachten Abklärung die Erhebung eines Zuschlags von 25 v. H. zur Staatsgrundsteuer und die Erhöhung des Zinsfußes um 1/4 v. H. für Sparkassenanleihen genehmigt...

Oberplanitz b. Jandau. Da die Gemeinde Oberplanitz rasch gewachsen ist und die drei bestehenden Schulen den heutigen Ansprüchen wegen Raummangel durchaus nicht mehr genügen, soll versucht werden, Mittel von Staats wegen zum Bau einer neuen Schule zu erhalten.

Selbnitz. Die Stadtbauverordneten haben beschlossen, die Grenze des steuerfreien Gewerbeeinkommens von 20 000 M. auf 30 000 M. heraufzusetzen.

Solditz. In der letzten Stadtbauverordnetenversammlung wurde die Kilowattstunde elektrischen Stroms für Licht auf 5 M. und für Kraft auf 4 M. zu erhöhen und eine Wohnungs-, Gewerbe- und Musikinstrumentensteuer einzuführen beschlossen...

Tageschronik.

Berlin, 3. März. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, ein weiteres Mitglied jener großen Hochkapler- und Scherenschwindlerbande zu verhaften...

Berlin, 3. März. An Auslandsbüchsen für die Opfer des Oppaner Unglücks sind weiter eingegangen von der kleinen, meist aus Arbeitern bestehenden deutschen Kolonie in Bliffingen 1000 M....

Dresden, 3. März. Das milde Wetter der letzten Woche hat in den Obergegenden die Schneeschmelze bedeutend gefördert und den Oberstrom in den letzten Tagen fast zum Steigen gebracht...

bedeckt. In Oberplanitz besteht die größte Gefahr für Ratibor, wo das Wasser noch ständig im Steigen begriffen ist. Ernst ist die Lage bei Kofel, wo ein Fall des Wasserlaufes ebenfalls noch nicht zu vermeiden ist...

Sirshberg, 3. März. Der wegen des Kieppelsdorfer Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilte Peter Gruben hat in seiner Zelle Selbstmord verübt.

Hierzu werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Gruben war nach seinem letzten Selbstmordversuch in einer Einzelzelle untergebracht worden. Er zeigte keinerlei Zeichen von Erregung...

Freiburg, 3. März. Der im Gebiet des Welchen liegende Konnenmatthofer ist gestern infolge des starken Wasserdruckes als einer Folge der Schneeschmelze ausgebrochen. Ungeheure Wassermengen bedrohen das Elektrizitätswerk Eundberg...

Strasburg, 3. März. Ein heftiges Gewitter ging in der Gegend von Chälons nieder. Die Telefon- und Telegraphenleitungen Paris-Lyon und Paris-Strasburg sind unterbrochen.

Ein Nischenhochrelief. Zu der Hochzeitsfeier der englischen Königs-tochter Prinzessin Mary mit Lord Lascelles hatte eine der berühmtesten englischen Außenbildhauerin die Hochzeitskuchen geliefert...

Kunstanzeigen.

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Schauspielhaus: Morgen, Sonnabend, nächste Wiederholung der dramatischen Dichtung „Das Opfer (Anubisopfer)“ von Gerhart Hauptmann...

Mitteilung aus der Kasse der Residenztheater. Von dem diesjährigen Weihnachtsmärchen „Die Eisprinzessin“ können nur in dieser und nächster Woche Aufführungen zu ermäßigten Preisen stattfinden...

Sonnabendbespiel in der Kreuzkirche. nachmittags 6 Uhr. 1. Georg Schumann: Bassacaglia und Finale für Orgel über B-A-C-H. 2. Reinhold Suco: Lasset uns mit Jesu ziehen...

Landeswetterwarte. (3. März)

Dresden: Höhe 110 m. Min. + 5,4, Max. + 12,9. Niederschlag: 2,0. Temperatur: + 3,6. Wind: NNW 1. Wetter: Bewölkt. Wahnitz: Höhe 246 m. Min. + 4,2, Max. + 11,9. Niederschlag: 1,0. Temperatur: + 2,7. Wind: W 4. Wetter: Bewölkt. Riesa: Höhe 1213 m. Min. - 2,7, Max. + 4,9. Niederschlag: 1,4. Temperatur: - 3,6. Schnee: 30 cm. Wind: NW 7. Wetter: Stark. Nebel.

Ämtlicher Teil.

Aus der Louise de Wilde-Stiftung können an bedürftige Philologie- beziehentlich Medizin-Studierende einer deutschen Universität laufende Beihilfen von jährlich 300 M. verliehen werden.

Vorzugsweise sind zu berücksichtigen die Nachkommen des Kaufmanns Johann Gottlieb Rudelius in Frankfurt a. O., des Kapellmeisters Reihiger in Dresden, des Dr. phil. Rosen in Oldenburg, des Geheimen Rates Reich in Verbnurg und des Hypothekendirektors Seifert in Freiberg.

Einreichung der Bewerbungsunterlagen bei dem unterzeichneten Ministerium bis zum 15. März d. J. mit Zeugnissen über den Universitätsbesuch, die Bedürftigkeit, Würdigkeit und Befähigung (außerdem ev. Verwandtschaftsnachweis). 177 StSt Dresden, am 27. Februar 1922. 10470 Ministerium des Kultus u. öffentl. Unterrichts.

Auf Grund von §§ 100 Abs. 1 und 100b der Gewerbeordnung wird auf Antrag Beteiligten und mit Rücksicht auf das Ergebnis des nach § 100a der Gewerbeordnung abgeführten Prüfungsverfahrens hiermit angeordnet, daß vom 15. März 1922 an sämtliche Gewerbebetriebe, die innerhalb des Amtsgerichtsbezirks Plauen — einschließlich der Stadt Plauen — das Klempner-, Wasserleitungsinstallateur- und Kupfer schmiedehandwerk selbstständig betreiben, der mit diesem Tage für den genannten Bezirk mit dem Eingabe in Plauen neu gegründeten „Zwangsbauung für das Klempner-, Wasserleitungsinstallateur- und Kupfer schmiedehandwerk im Amtsgerichtsbezirk Plauen“ als Mitglieder anzugehören haben. Zwolau, l. 9. März 1922. Die Kreisbauhauptmannschaft.

Staatl. Tiefbauhochschule Staatsbauhochschule Bittau.

Unterrichtsbeginn am 18. April 1922. Anmeldungen spätestens 31. März a. d. Ziehung.

Auf Blatt 1572 des Handelsregisters ist heute die Firma Erzb. Hofz. Zentrale Johannes Thomas in Annaberg und als ihr Inhaber der Kaufmann Johannes Erzb. Thomas ebenda eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Holz. 10472 Amtsgericht Annaberg, am 28. Februar 1922.

Aufgebot.

Die Firma S. Wölke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Aue hat beantragt, den Hypothekendruck über die im Grundbuche für Zelle mit Bezeichnung auf Blatt 159 in Wkt. III unter Nr. 22 und Blatt 296 in Wkt. III unter Nr. 5 eingetragene Hypothek von 20.000 Mark nebst 7 1/2 v. H. Zinsen vom 1. Juli 1921 ab aufzubieten und für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des bezeichneten Hypothekendrucks wird aufgefordert, seine etwaigen Ansprüche und Rechte an diesem spätestens in dem auf Dienstag, den 13. Juni 1922, mittags 12 Uhr vor dem unterzeichneten Amtsgericht anberaumten Aufgebotstermin bei diesem anzumelden und den Hypothekendruck vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Akte zu erfolgen wird. 10494 Amtsgericht Aue, den 22. Februar 1922.

Auf Blatt 3360 des Handelsregisters, betr. die Firma Baul für Handel u. Verkehr Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 10. Januar 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zwei Millionen fünf hunderttausend Mark, geschehend in 2500 auf den Namen lautende Aktien zu 1000 Mark, mit den auf vier Millionen Mark, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Demgemäß sind in § 4 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zum Kurse von 140 % frei Stückzinsen. Amtsgericht Chemnitz, Wkt. I, 1. März 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 6166, betr. die Firma Deutsche Bank Aktiengesellschaft in Dresden, Zweigniederlassung der in Berlin unter der Firma Deutsche Bank bestehenden Aktiengesellschaft: Procura für die Zweigniederlassung Dresden ist erteilt dem Bankbeamten Max Eichhorn, Kurt Engelmann, Gustav Fejer, Martin Starke und Walter Weber, sämtlich in Dresden. Jeder von ihnen ist berechtigt, die Firma in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem stellvertretenden Vorstandsmitglied zu vertreten;

2. auf Blatt 15410, betr. Vereinigte Revision-, Bauunter- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Gesellschaftsvertrag vom 29. Oktober 1919 ist in § 1 durch Gesellschaftsbeschluss vom 27. Februar 1922 laut Geschäftsprotokoll von diesem Tage abgeändert worden. Die Firma lautet künftig: „Treuhand-Vereinigte Revision-, Bau- und Treuhandgesellschaft mit beschränkter Haftung“;

3. auf Blatt 16164, betr. die Crid-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Spezialgeschäft für Kellerei-Industrie in Dresden: Die Gesellschaft ist durch Beitritt aufgelöst worden. Der Nachbahrer Albert Julius Max Schöp und der Kaufmann Friedrich Richard Bauer sind nicht mehr Geschäftsführer sondern Liquidatoren;

4. auf Blatt 16970: Die Remnandgesellschaft „Saxonia“ Warenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung u. Co. in Dresden. Gesellschaft sind die Gesellschaft „Saxonia“ Warenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden als verständig haftende Gesellschaftlerin und 3 Kommanditisten. Die Gesellschaft hat am 29. Juli 1921 begonnen;

5. auf Blatt 11975: Die Firma Max Steiner ist erloschen;

6. auf Blatt 14561, betr. die Firma Karl Wenzel in Dresden: Die Procura des Kaufmanns Ernst Oswald Wenzel ist erloschen;

7. auf Blatt 698, betr. die Firma Scheibel & Junghans Nachf. in Dresden: Der Kaufmann Heinrich Ernst Feiler ist infolge Ablebens ausgeschieden. Die kaufmännische Leitung übernimmt die Firma Max Maria Scharf in Dresden

haben die Firma und das Handelsgeschäft erworben. Die Gesellschaft hat am 16. Februar 1922 begonnen; 8. auf Blatt 12282, betr. die Firma Tredder Cigaretten-Compagnie Martin & Nabe in Dresden: Die Firma lautet künftig: Hanjour Taktische Cigarettenfabrik G. Remalobbin & Co. In das Handelsregister ist ein Kommanditist eingetretten. Die damit begründete Kommanditgesellschaft hat am 1. April 1921 begonnen. 10499 Amtsgericht Dresden, Wkt. III, 2. März 1922.

Auf Blatt 16971 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Medizinisches Warenhaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Februar 1922 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel in Sanitäts- und Krankenpflege-Artikeln, Gumminwaren und Verbandstoffen aller Art, sowie die Einrichtung von Krankenhäusern und für Ärzte. Die Gesellschaft soll befugt sein, Vertretungen für alle einschlägigen Artikel zu übernehmen. Sie soll ferner befugt sein, Geschäfte gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben, zu pachten oder sich an diesen zu beteiligen. Die Dauer der Gesellschaft ist bis zum 31. Dezember 1931 festgesetzt. Auf diesen Zeitpunkt kann das Gesellschaftsverhältnis von jedem Gesellschafter mittels eingeschriebenem Briefe gekündigt werden, welcher dem Geschäftsführer spätestens am 31. Dezember des vorangehenden Jahres zugangig sein muß. Erfolgt eine solche Kündigung nicht, so verlängert sich die Dauer der Gesellschaft jeweils um weitere fünf Jahre, bis eine Kündigung der oben erwähnten Art erfolgt. Das Stammkapital beträgt zwanzigttausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt: a) der Sanitätsrat Dr. Arthur Wadew in Frankfurt am Main, b) der Kaufmann Fritz Steffan in Frankfurt am Main. Ein jeder von ihnen darf die Gesellschaft allein vertreten.

Es wird aus dem Gesellschaftsvertrage noch bekanntgegeben, daß die Bekanntmachungen der Gesellschaft durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger durch einmalige Eintragung erfolgen, soweit das Gesetz nicht wiederholte Bekanntmachungen vorschreibt. Geschäftsraum: Straußstraße 12, 1. 10500 Amtsgericht Dresden, Wkt. III, 2. März 1922.

Auf Blatt 571 des Handelsregisters ist heute die Firma Guido Weiser in Ehrenfriedersdorf und als ihr Inhaber der Stumpfabrikant Albin Guido Weiser in Ehrenfriedersdorf eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Stumpfabrikation. Amtsgericht Ehrenfriedersdorf, 27. Febr. 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 608: Die Firma Walter Reichold in Elberfeld mit dem Kaufmann Walter Albin Feodor Reichold als Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Anfertigung von Säulen und Konstellation; 10496 2. auf Blatt 552, die Firma Reinhold & Adler in Elberfeld betr.: Die Firma ist erloschen; 3. auf Blatt 231, die Firma Albin Schimpf Nachf. in Jassenfeld betr.: Die Firma ist erloschen. Amtsgericht Jassenfeld, den 27. Februar 1922.

Auf Blatt 1267 des Handelsregisters ist heute die unter der Firma Freiberger Kandelkandlunger & Co. in Freiberg neuerrichtete offene Handelsgesellschaft eingetragen worden. Gesellschaft sind der Kaufmann Johannes Siegfried Langer und der Kaufmann Paul Rudolf Steinbach, beide in Freiberg. Die Gesellschaft ist am 20. Januar 1922 errichtet worden. 10477 Amtsgericht Freiberg, am 2. März 1922.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: am 10. Februar 1922:

auf Blatt 457, betr. die Firma Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Seiffhennersdorf, daß die Firma ihren Sitz nach Leipzig verlegt hat. Dem Kaufmann Franz Richard Holz in Leipzig ist Procura erteilt. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Mitgliede des Vorstandes oder einem anderen Vorstandsmitglied der Gesellschaft rechtverbindlich vertreten;

auf Blatt 546 die Firma Wenzel Heger in Großschönau. Der Kaufmann Wenzel Karl Heger in Großschönau ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Textilgroßhandlung und Kleinverkauf, Export und Import;

am 18. Februar 1922: auf Blatt 305, betr. die Firma G. A. Kunze in Großschönau: Der Kaufmann Robert Paul Trebler und der Betriebsleiter Karl Alwin Kunze, beide in Großschönau, sind in das Handelsgeschäft eingetreten. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1922 errichtet worden;

auf Blatt 460: Die Firma Siebrand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Quaimwalde ist erloschen;

auf Blatt 522, betr. die Firma Dettelt & Krause in Großschönau, daß der Kaufmann Paul Johann Krause in Großschönau ausgeschieden ist. Der Kaufmann Paul Edgar Dettelt in Großschönau führt das Handelsgeschäft als Einzelkaufmann fort; am 28. Februar 1922: auf Blatt 500, betr. die Firma Sprengstoff- und Munitionsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Reutendorf; und auf Blatt 533, betr. die Firma Handelsvereinigung für Warenhandlung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Reutendorf D.-L.: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 16. Februar 1922 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden. 10478

Amtsgericht Großschönau.

Das im Grundbuche für Leipzig-Wölkern Blatt 206 auf den Namen des Richtermeisters Wilhelm Oskar Gustav Decker eingetragene Grundbuch soll am 22. April 1922, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Peterssteinweg 8, II, Zimmer 127, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundbuch ist nach dem Rührbuch 2, 7 Nr. 67, mit 300,00 Steuermarken belegt und auf 58.100 M. geschätzt. Es wird aus dem Rührbuch 189 gebildet, liegt in Leipzig-Wölkern, Johann-Georg-Straße 1, besteht aus Wohnhaus, Wirt-

schaftsgebäude und Kühlenhaus und ist zur Grundlast unter 1 mit 22.550 M. eingeschätzt.

Die Ansicht der Renteilungen des Grundbuches sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 8. Februar 1922 veranbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens in Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden werden.

Der ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Aufschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Befriedigungserlös an die Stelle des verheiraten Gegenstandes tritt. 10479 Amtsgericht Wkt. II A 2, Leipzig, 21. Febr. 1922.

Auf Blatt 52 des Genossenschaftsregisters, betr. die Firma Baugenossenschaft für die Eisenbahn-Bauarbeiten und Arbeiter in Wahren (Sachsen), eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Lindenthal ist heute eingetragen worden: An Stelle des Statuts vom 21. Dezember 1910 ist das neue Statut vom 5. Januar 1922 getreten. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen in den Leipziger Nachrichten und sind, wenn sie vom Vorstande ausgehen, von mindestens zwei Mitgliedern desselben zu unterzeichnen. Die Bestimmungen über den Sitz, den Gegenstand des Unternehmens, die Haftung und die höchste Zahl der Mitgliedschaften sind unverändert geblieben. Amtsgericht Leipzig, Wkt. II B, 28. Febr. 1922.

Auf Blatt 92 des Genossenschaftsregisters, betr. die Firma Konsum-Verein für Beamte, Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamter zu Leipzig und Umgebung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Leipzig, ist heute eingetragen worden: Die Genossenschaft ist aufgelöst. Paul Hermann Robert Läufer ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Zu Liquidatoren sind bestellt: Ernst Bernhard Bernsdorf und Ernst Alfred Kaiser, beide in Leipzig. 10481 Amtsgericht Leipzig, Wkt. II B, 28. Febr. 1922.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: a) am 1. März 1922:

- 1. auf Blatt 20829: Die Firma S. Kadriße Buch-, Kunst-, Musikalienhandlung und Antiquariat Zweigniederlassung Leipzig in Leipzig (Zähr. 15), Zweigniederlassung der in Prag unter der Firma S. Kadriße Buch-, Kunst-, Musikalienhandlung und Antiquariat bestehenden Hauptniederlassung, Gesellschaft ist die Buchhändler Josef Max Bregha und Arthur Heller, beide in Prag. Sie dürfen die Gesellschaft nur gemeinschaftlich vertreten. Die Gesellschaft ist am 1. April 1910 errichtet;
- 2. auf Blatt 20830 die Firma Ernst Breitschneider in Leipzig (Leipzigstr. 23). Der Bücherhändler Ernst Hugo Breitschneider in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Beizung aller das gesamte Buchführungsweesen umfassenden Arbeiten);
- 3. auf Blatt 20831 die Firma Joseph Dremelkamp in Leipzig (Neuburg, Feldstr. 25 und Dresden Str. 70). Der Dekorateur Josef Dremelkamp in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Fabrication von Leder- und Polstermöbel sowie Betrieb einer Dekorationswerkstätte);
- b) am 28. Februar 1922:

4. auf Blatt 12559, betr. die Firma Robert Sebnauer Nachf. in Leipzig: Die Firma lautet künftig: Richard Bruno Sebnauer;

5. auf Blatt 13806, betr. die Firma Chemische Fabrik Helical Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Julius Arthur Kornagel ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Walter Thome in Leipzig;

6. auf Blatt 13832, betr. die Firma Rudolph Oberst in Leipzig: Die zwischen a) Marie Louise verw. Oberst geb. Voemann, b) dem minderjährigen Paul Curt Rudolf Oberst und c) der minderjährigen Marie Louise Erica Oberst, sämtlich in Leipzig, bestehende Erbengemeinschaft ist aufgelöst. Die genannten Erben führen das Geschäft in offener Handelsgesellschaft, die am 17. November 1921 errichtet ist, fort. Die unter b) und c) Genannten sind von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Die unter a) Genannte führt infolge Wiedererbrechlung den Familiennamen Siegmund;

7. auf Blatt 14113, betr. die Firma Albrecht & Co. in Leipzig: Die Procura der Camilla Alma Emma veredel. Hecker geb. Alfer ist erloschen;

8. auf Blatt 17097, betr. die Firma Rochler & Soldner Aktiengesellschaft in Leipzig: Die Procura von Leopold Friedrich Theodor Ludwig Hugo Linde, Walter Rudolf Bernhard Martin, Karl Friedrich Otto Schmidt, Wilhelm Georg August Albert Bernhard Schmidt, Karl Hans Bahnung, Friedrich Otto Dupler, Adolf Bernhard Richter, Franz Richard Schreiber, Max Schramm und Dr. Otto Lutz ist erloschen;

9. auf Blatt 17749, betr. die Firma Aktiengesellschaft „Sax in Volkstanz“ in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag vom 17. März 1921 ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 7. Januar 1922 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage an der Kraft gesetzt worden. An seine Stelle ist der Gesellschaftsvertrag vom 7. Januar 1922 getreten. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbauung, Vermietung, Pachtung oder der eigene Betrieb von Theatern, Varietés, Lichtspiel- oder Restaurationsunternehmungen und die Beteiligung an solchen Unternehmungen. Die Generalversammlung vom 11. Februar 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zwei Millionen Mark, in zweiwundert Aktien zu je tausend Mark geschehend, mittels auf drei Millionen Mark, beschlossen. Die Erhöhung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag vom 7. Januar 1922 ist durch den gleichen Beschluss laut Notariatsprotokoll vom 11. Februar 1922 in den §§ 1 und 2 abgeändert

worden. Die Firma lautet künftig: Saxo Lichtspieltheater Aktiengesellschaft. Weiter wird bekanntgegeben: Die Generalversammlung beruft der Aufsichtsrat oder der Vorstand durch öffentliche Bekanntmachung. Die Einladungen erfolgen innerhalb der gesetzlichen Fristen und müssen die Tagesordnung enthalten. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen durch den „Deutschen Reichsanzeiger“. Die Gesellschaft behält sich vor, ihre Bekanntmachungen außerdem in durch den Aufsichtsrat jeweilig zu bestimmenden Blättern zu veröffentlichen, ohne daß jedoch von der Veröffentlichung in diesen Blättern die Rechtsgültigkeit der Bekanntmachungen abhängt. Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber und werden zum Kurse von 120 % ausgegeben;

10. auf Blatt 19430, betr. die Firma Hochgläub-Großvertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 4. November 1921 auf 150.000 Mark erhöht worden;

11. auf Blatt 20035, betr. die Firma Carl Wilhelm Kühn in Leipzig: Von Amts wegen: Die Firma ist erloschen. 10485

Amtsgericht Leipzig, Wkt. II B, 1. März 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 20824 die Firma Mineralöl-Import „Merker“ Hoffmann & Hoffmann in Leipzig (-Schleußig, Brodhausstr. 70). Gesellschafter sind der Kaufmann Carl Eduard Otto Hoffmann und der Kaufmann Richard Otto Hoffmann, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 14. Februar 1922 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Mineralölen, technischen Fetten und Chemikalien);

2. auf Blatt 20825 die Firma Dr. Willmar Schwabe's Erben Hotel und Reichsanzeiger in Leipzig (Johannisplatz 1/2). Inhaber sind die in ungeteilter Erbengemeinschaft lebenden Erben des Apothekenbesitzers Geheimen Hof- und Kommerzienrats Dr. phil. Carl Emil Willmar Schwabe in Leipzig: Elsa veredel. Hecker geb. Schwabe in Berlin, Marianne veredel. Blochmann geb. Schwabe in Dresden-Weißer Hirs, Katharina veredel. Köppler geb. Schwabe in Waagen, der Apotheker Hofrat Dr. Willmar Schwabe in Leipzig, Susanne veredel. Wagner geb. Schwabe in Dresden, auf die das Geschäft von dem genannten Erblasser infolge Erbansfalls übergegangen ist. Die Erbengemeinschaft wird vertreten durch die Testamentsvollstrecker, den Oberkonsultant Curt Adolf Theodor Lucas in Grimma und den Geheimen Medizinischen Professor Dr. med. Carl Wilhelm Arthur Hecker in Berlin. Sie dürfen die Firma nur gemeinschaftlich vertreten;

3. auf Blatt 20826 die Firma Arno Thiene in Leipzig (Neuburg, Zähr. 66). Der Kaufmann Ernst Arno Thiene in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Holzgroßhandlung);

4. auf Blatt 20827 die Firma Max Wagner in Leipzig (Neuburg, Zähr. 11). Der Kaufmann Max Wagner in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Textilwaren);

5. auf Blatt 3003, betr. die Firma G. Wagner & C. Tebes in Leipzig: Heinrich Wagner ist — infolge Ablebens — als Gesellschafter ausgeschieden. An seiner Stelle ist Auguste Christiane Elise verw. Wagner geb. Brandt in Leipzig in die Gesellschaft eingetreten. Sie ist — infolge Verzichtes — von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. In die Gesellschaft sind eingetreten die Verlagsbuchhändler Carl Wagner und Eugen Heinrich Stephan Tebes, beide in Leipzig. Ihre Procura ist erloschen;

6. auf Blatt 16321, betr. die Firma Hugo Lochen in Leipzig: Franz Hugo Lochen ist — infolge Ablebens — als Inhaber ausgeschieden. Inhaber sind seine in ungeteilter Erbengemeinschaft lebenden Erben Anna Maria Auguste verw. Lochen geb. Friede, Hugo Walter, Hedwiga Berner, Auguste Henriette Annemarie und Jemgard Ilse, minderjährige Geschwister Lochen, sämtlich in Leipzig. Procura ist dem Notar-Kaufmann Karl Lothar Lehler in Leipzig erteilt;

7. auf Blatt 16840, betr. die Firma Lydische Anstalt G. P. Geertz Aktiengesellschaft, Abteilung Scheinwerferbau in Leipzig, Zweigniederlassung: Die Procura des Dr. phil. Georg Gehlhoff ist erloschen. Direktor Louis Lehmard ist ordentliches Mitglied des Vorstandes. Zum stellvertretenden Mitgliede des Vorstandes ist der Direktor Wilhelm Korker in Berlin-Schlachtensee bestellt. Procura ist erteilt an Wilhelm Korker und Georg Erdmann, beide in Berlin-Schlachtensee. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied vertreten; 10482

8. auf Blatt 20350, betr. die Firma Rasthansen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Saun & Stump in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag vom 27. Juli 1921 ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 6. Februar 1922 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage in den §§ 13 bis 16 abgeändert worden;

9. auf Blatt 20710, betr. die Firma Ernst Paproth Aktiengesellschaft in Leipzig: Reinhold Simon ist als Vorstand ausgeschieden. Zum Vorstand ist bestellt der Kaufmann Ernst Paproth in Leipzig. Amtsgericht Leipzig, Wkt. II B, 1. März 1922.

Auf Blatt 20828 des Handelsregisters ist heute die Firma Gesellschaft für Kapitalbeschaffung und Verwertung Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Schreberstr. 10) eingetragen und weiter folgendes veröffentlicht worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 17. Januar 1922 abgeschlossen und am 14. Februar 1922 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Handel- und Industrie-Unternehmen, sowie die Vermittlung von Darlehen jeder Art. Die Gesellschaft hat das Recht, Zweigniederlassungen zu errichten und sich an gleichartigen oder überhaupt an anderen Unternehmen zu beteiligen. Das Stammkapital beträgt zwanzigttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Hans Schomberg in Leipzig bestellt.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen erfolgen durch das Leipziger Tageblatt. 10484

Amtsgericht Leipzig, Wkt. II B, 1. März 1922.

Auf Blatt 20828 des Handelsregisters ist heute die Firma Gesellschaft für Kapitalbeschaffung und Verwertung Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Schreberstr. 10) eingetragen und weiter folgendes veröffentlicht worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 17. Januar 1922 abgeschlossen und am 14. Februar 1922 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung von Handel- und Industrie-Unternehmen, sowie die Vermittlung von Darlehen jeder Art. Die Gesellschaft hat das Recht, Zweigniederlassungen zu errichten und sich an gleichartigen oder überhaupt an anderen Unternehmen zu beteiligen. Das Stammkapital beträgt zwanzigttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Hans Schomberg in Leipzig bestellt.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen erfolgen durch das Leipziger Tageblatt. 10484

Amtsgericht Leipzig, Wkt. II B, 1. März 1922.

Auf Blatt 20832 des Handelsregisters ist heute die Firma **Deutsche Verein-Film-Kinogeseellschaft** in Leipzig (Kastr. 1) eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. Dezember 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung, der Vertrieb und Verkauf kinematographischer Filme, kinematographischer Bedarfsartikel sowie Betrieb von Lichtspieltheatern, ebenso Beteiligung an gleichartigen Unternehmungen. Das Grundkapital beträgt eine Million Mark, in tausend Aktien zu taufend Mark zerfallend. Sind mehrere Vorstandsmitglieder vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Vorstand ist bestellt der Kaufmann Siegfried **Segall** in Leipzig.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch folgendes bekanntgegeben: Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Die Mitglieder des Vorstandes werden durch den Aufsichtsrat bestellt, doch auch der Widerruf der Bestellung obliegt. Die Berufung der Generalversammlung der Aktionäre erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung. Die Bekanntmachung einer Generalversammlung muß mindestens 15 Tage vor dem anderweitigen Termin in dem Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht sein. Bei Besetzung dieser Frist sind der Erscheinungstag der Bekanntmachung entfallenden Klätter und der Tag der Veröffentlichung selbst nicht mitzurechnen. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichs- und Staatsanzeiger und mindestens in zwei dem Aufsichtsrat zu bestimmenden Hochblättern. Sie gelten als gehörig erlangt, wenn sie einmal erfolgt sind, es sei denn, daß das Gesetz oder die Satzung oder eine Generalversammlungsbeschlüsse eine mehrmalige Bekanntmachung anordnet. Die Bekanntmachungen sollen in derselben Weise unterzeichnet werden, welche die Satzung für die Zeichnung der Firma der Gesellschaft vorschreibt. Erhält der Aufsichtsrat die Bescheinigung, daß der Aufsichtsrat und die Interessierten der Beteiligten des Aufsichtsrats oder seines Stellvertreters hinzugefügt werden. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Der Kaufmann Siegfried Segall in Leipzig bringt in Rechnung auf den von ihm zu zahlenden Aktienbetrag die in den Anlagen B-F des Gesellschaftsvertrags bezeichneten Werte, bestehend aus Film-Kopien, Kauf-

und Leihverträgen nach dem Stande vom 1. Dezember 1921, sowie die in den Geschäftsakten Rattraße 1 befindliche Einrichtung, zum Gesamtwerte von 600.000 M. ein. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Kurse von 110 %. Gründer sind: Rechtsanwalt Dr. Georg Rosen in Leipzig, Kaufmann Siegfried Segall, daselbst, Lichtspieltheaterbesitzer Andreas Gauder in Plauen i. S., Lichtspieltheaterbesitzer Max Adler in Oelschlag i. S. und Schriftsteller Felix Buchardt in Leipzig. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind: Rechtsanwalt Dr. Georg Rosen, Sekretär Ernst Boigt, Bankier Wofes Carlbach, Schriftsteller Felix Buchardt, sämtlich in Leipzig, Kaufmann Otto Hauke in Chemnitz, kaufmännischer Direktor Josef Dietz in Rauen und Kaufmann Bruno Berger in Jena.

Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft einreichenden Schriftstücken, insbesondere von dem Protokolle des Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Revisoren kann bei dem unterzeichneten Gericht, von dem Protokollberichte der Revisoren auch bei der Handelskammer hier Einsicht genommen werden. 10483
Kantonsgericht Leipzig, Abt. H.B., 1. März 1922.

Auf Blatt 19782 des Handelsregisters, betr. die Firma **Paul Hufschel** in Leipzig, ist heute eingetragen worden: Dem Geschäftsführer Paul Hufschel in Leipzig ist durch einstweilige Verfügung des Landgerichts Leipzig vom 21. Februar 1922 die Befugnis zur Geschäftsführung und zur Vertretung der Gesellschaft bis auf weiteres entzogen worden. 10483
Kantonsgericht Leipzig, Abt. H.B., 1. März 1922.

Auf Blatt 615 des Handelsregisters für den Stadtbezirk Bismarck, betreffend die Firma **Haller-Johannsen & Co. Handel & G. Gürtel-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Bismarck, ist heute eingetragen worden, daß der Gesellschaftsvertrag durch Beschluß der Gesellschafter laut Rotationsprotokoll vom 21. Februar 1922 in § 5 abgeändert worden ist. Hiermit ändern die Geschäftsführer nur noch in Gemeinschaft miteinander die Gesellschaft vertreten. 10497
Kantonsgericht Bismarck, den 28. Februar 1922.

Erbschaft.
Der **Erbschaftsinspektor Julius Kubisa** in Bernau a. Havel, betreffend: Rechtsanwältin Dr. Fritschel und Dr. Kugel in Treppen — hat beantragt, den **Hypothekenbrief** über die für den Kaufmann **Julius Kubisa** in Lausitz im Grundbuche

für **Herrnhuth** auf Blatt 162 in Abt. III unter Nr. 1 eingetragene Kaufverpflichtung von 12500 M. im Wege des Aufgebotsverfahrens für kraftlos zu erklären. Der **Inhaber des Hypothekenbriefes** wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **15. Juni 1922 vorm. 10 Uhr** bestimmten Termin seine Rechte anzumelden und den Hypothekenbrief vorzulegen. Geht dies nicht, wird der Hypothekenbrief für kraftlos erklärt werden. 10487
Nachberg, am 1. März 1922. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die **Zwangsvollstreckung** der im Grundbuche für **Wilmann Blatt 8, 13, 16** und 506 auf den Namen des Betriebleiters **Emil Weidmann** in Grotz und des Betriebleiters **Rudolf Töber** in Wilmann eingetragenen Grundstücke wird der auf den **7. März 1922 vormittags 9 Uhr** anberaumte **Versteigerungstermin aufgehoben**. 10488
Kantonsgericht Reichardt, 28. Februar 1922.

Auf Blatt 405 des hiesigen Handelsregisters ist die Firma **Gele & Co. in Grotz**, früher in Wilmann b. Ehrenberg, und als deren Inhaber der Pharmazent **Gustav Adolf Witz Gele** in Grotz eingetragen worden. Angeregter Geschäftszweig: Handel mit und Herstellung von Waren, besonders der chemischen Industrie und Betrieb eines **Reinigungs-Laboratoriums**. 10501
Grotz, 22. Februar 1922. Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: **1. auf Blatt 142:** Die Firma **Seidler & Wittmann, mech. Scherenschnitzerei Schland & Spree** mit dem Sitz in Schland a. d. Spree u. weiter folgendes: Geschäftsführer sind die Kaufleute **Albert Kurt Seidler** und **Camillo Walter Wittmann** in Schland a. d. Spree. Die Gesellschaft ist am **1. Oktober 1920** errichtet worden. (Angeregter Geschäftszweig: Herstellung und Großhandel mit Scherenschnitzwaren); 10489

2. auf Blatt 239, betr. die Firma **Vöbauer Bank Zweigstelle Ritschau** in Ritschau, Zweigniederlassung der **Artengeellschaft Vöbauer Bank** in Ritschau i. Sa.: Das das selbstvertretende Vorstandsmittels Stellung ausgeschieden, der Bankdirektor **Dr. jur. Heinrich Hofmann** in Ritschau zum **Vorstandsmittels** bestellt ist und die **Kontrolloren Alfred Peter** in Ritschau, **Bernhard Kugel** in Ritschau und **Max Schulte** in Grotz zu selbstvertretenden Vorstandsmitteln bestellt worden sind. **Kantonsgericht Schlegelsdorf, 28. Februar 1922.**

Auf dem die **Artengeellschaft Vöbauer Bank** in Ritschau betreffenden **Blatte 134** des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß die **Generalversammlung** vom **6. Dezember 1921** die Erhöhung des Grundkapitals um drei Millionen Mark, in dreitausend Aktien zu tausend Mark zerfallend, mit einer auf sechs Millionen Mark beschlossenen hat, daß diese Erhöhung des Grundkapitals erfolgt und der Gesellschaftsvertrag vom **5. März 1920** in seiner neuen Fassung dementsprechend abgeändert worden ist.

Weiter wird bekanntgegeben, daß die neuen Aktien, soweit sie nicht von den bisherigen Aktionären zum Kurse von **130 v. G.** bezogen worden sind, zum **Reinheitskurs** von **180 v. G.** ausgegeben werden. 10490
Kantonsgericht Wurzen, am 1. März 1922.

Auf Blatt 2 des Handelsregisters des vorm. **Gerichtsamts Zwickau**, die **Artengeellschaft** unter der Firma **Erbschaftsinspektor Julius Kubisa** in Bernau a. Havel, ist heute eingetragen worden: Die außerordentliche Generalversammlung vom **23. Januar 1922** hat die Erhöhung des Grundkapitals um **594 000 Mark** in **594** auf **1 000 Mark** zerfallend, mithin auf **1 395 900 Mark** beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom **12. Juli 1917** mit seinen Änderungen ist außer Kraft gesetzt worden. An seine Stelle tritt der am **23. Januar 1922** festgesetzte, der **Revisionsauftrag** als **Anlage beigefügt neue Gesellschaftsvertrag**. Gegenstand des Unternehmens ist die **Verbindung** der in seinem Bereiche liegenden **Kohlenwerke** und **gewerblichen und sonstigen Anlagen** mit den **Reichseisenbahnen**, sowie der **Ausbau** und **Betrieb** seiner **Bahn**. Weiter wird aus dem neuen Gesellschaftsvertrag folgendes bekanntgemacht: Das **Stammkapital** von **1 395 900 Mark** zerfällt in **1782** **Stammaktien** zu **450 Mark** und in **594** **Stammaktien** zu **1000 Mark**, die sämtlich auf den **Inhaber** lauten. Der aus einer Person bestehende **Vorstand** wird vom **Aufsichtsrat** bestellt. Die **Berufung** der **Generalversammlung** erfolgt durch **einmalige** **Bekanntmachung** im **Deutschen Reichsanzeiger**. Die **Bekanntmachungen** der **Gesellschaft** erfolgen im **Deutschen Reichsanzeiger**. Sodann wird bekanntgemacht, daß die **neuen Aktien** zum **Betrage** von **150 v. G.** ausgegeben werden. 10498
Kantonsgericht Zwickau, den 24. Februar 1922.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. März. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Deutschen Volkspartei, die eine **bessere Versorgung der Kriegswitwen und Kriegshinterbliebenen** verlangt. Ein Regierungsdirektor erklärt, die Regierung werde die Interpellation in der geschäftsberechtigten Zeit beantworten. Das Reichswehrministerium besahe sich schon seit längerer Zeit mit der Frage, und für **Monat März** würden die bisher gewährten **Teuerungszuschüsse** verdoppelt werden.

Die **zweite Beratung des Haushaltsplans** wird hierauf fortgesetzt beim **Haushalt des Reichsfinanzministeriums**.

Abg. Eulien (Soz.) betont, das **Schaufministerium** sei immer als **Übergangministerium** betrachtet worden. Wenn der Reichstag aber dem Ministerium nur noch eine **halbjährige Lebensdauer** bewilligen wolle, so sei das eine **bedenklische Lösung**. Die **bedauerliche** **Überfälle** von **Behörden** sei eine **zwangsweise** **Folge** des **Friedensvertrages**. Der **Betrieb** müßte aber durch **Zusammenlegung** von **Bewaltungen** vereinfacht werden. **Darum** habe der **Hauptgeschäft** eine **große Zahl** von **Stellen** **gefrühen**, und **darauf** müßten sich auch **andere Ministerien** **besetzen** machen. Der **Rechner** **bedauert** das **Aufstreifen** der **französischen Militärkommission** im **Rheinland**. Diese **Kommission** sei am **wichtigsten** **berufen**, den **Schulunterricht** im **Rheinland** zu **beaufsichtigen**, weil er nicht dem **Geist** der **Völkerfreundschaft** entspreche. Die **Anordnungen** der **französischen Besatzungsmarine** übersteigen **jedes Maß** und **widersprechen** dem **Recht**. Seit dem **Waffenstillstand** kostet diese **Besatzung** im **ganzen** **etwa** **16 Milliarden** **Goldmark**. Die **Quartiermacher** **kanarisierten** **Wohnungen** nicht nur für **Familien** der **Offiziere**, sondern für **französische Geschäftsleute**, die zu **bequem** sind, ein **Hotel** zu **suchen**. Mit dem **deutschen Gebe** wird von den **französischen Generalen** **getroffen** **gewählt**.

Abg. Schulz-Weinberg (Vidua): Die **Rede** des **Abg. Eulien** zeigt ein **erstrebliches Verständnis**. Wenn dieses **weitergeht**, kommen wir **schließlich** **doch** **nur** **zu** einer **Einheitsfront**. Der **größte Teil** der **Zusändigkeit** des **Reichsfinanzministeriums** ist heute auf **andere Bewaltungen** **übergegangen**, der **Recht** **rechtfertigt** nicht eine **besondere Behörde**. Es genügt nicht, der **Bürokratie** oder **ihnen** **Kopie** **abzuschlagen**, wir müssen **ihre** **im** **ganzen** **zu** **Leibe** **gehen**, **bestehs** **beantragen** **wir:** **Beseitigung** **des** **Arbeitsministeriums**.

Abg. Dr. Bremer (D. V.): Die **Spararbeit** muß **planmäßig** **einführen**; notwendig dazu ist ein **umfangreiches Reformprogramm** auf der **ganzen Linie**. Die **Sparbewegung** **muß** **auf** **alle Ministerien** **ausgedehnt** werden. Die **Reichsfinanzverwaltung** **verdient** **Dank** **und Anerkennung**, daß sie **schon** **vielfach** **den** **unberechnigten Anforderungen** der **Gegner** **Widerstand** **entgegengelegt** **hat**.

Abg. Lange-Wehrmann (Z.) begrüßt den **etlichen Willen** der **Regierung** zum **Aufbau** der **Kriegsgesellschaften**. Wir **haben** **große** **Bedenken** gegen die **geplante Umwandlung** der **Verwaltungskammer**. Das **Gesellschafts** **bedarfen** der **Reichsfinanzverwaltung** **ist** **wenig** **erfreulich**, wenn es **sich** **um** **den** **Erfolg** der **Bekämpfung** **des** **inflationären Bedrohungen** **handelt**. Diese **Verwaltung** **müßte** **dem** **Staatssekretär** **für** **die** **besetzten Gebiete** **angegliedert** **werden**.

Reichsfinanzminister Bauer: Die **Reichsregierung** ist **besteht**, die **Leiden** der **inflationären Bedrohungen** **zu** **milbern**. Mit den **inflationären Bedrohungen** habe ich **nur** **Behebung** der **Wohnungsnot** **verpflichtet**. Die **Bekämpfung** **der** **Wohnungsnot** **verpflichtet** **den** **Reichsfinanzminister** **in** **der** **Reichsfinanzverwaltung** **ist** **es** **gelungen**, **nach** **eingehenden** **Berathungen** **mit** **den** **Verwaltungskammern** **zu** **einer** **Berathung** **zu** **gelangen**. Der

Abgeordnete Schulz (Dromberg) ist im **Irreum**, wenn er **glaubt**, das **Reichsfinanzministerium** habe **keine Aufgaben** mehr. Der **Beschluß** des **Reichstages** ist **gefaßt** worden, **ohne** **daß** die **Gründe** der **Ministerium** **geklärt** **würden** **wären**. Die **Beseitigung** **des** **Schaufministeriums** **würde** **die** **Verwaltung** **nur** **noch** **komplizieren** **machen**. Die **Zahl** der **Ministerien** **ist** **nicht** **entscheidend** für die **Verwaltungslosten**. Es **wird** **nicht** **genügen**, wenn die **Regierung** an der **Bekämpfung** der **Verwaltung** **arbeitet**. Die **Kriegsgesellschaften** **sind** **erheblich** **abgebaut** **worden**. Unter der **Verwaltung** **des** **Schaufministeriums** **sind** **nach** **ein** **Kriegsgesellschaften** **in** **Liquidation**. Einige **unterliegen** **anderen Ministerien**.

Abg. Gethlein (Dem.): Die **notwendige Vereinfachung** **der** **Verwaltung** **kann** **nicht** **erreicht** **werden** **durch** **Entziehung** **eines** **Ministeriums**, sondern **durch** die **Beseitigung** der **Verwaltung** **arbeit**, die **durch** **den** **Rechtsparitizismus** **unvollständig** **in** **allen** **Ministerien** **getrieben** **wird**. Alle **Parteien** **des** **Reichstages** **müßten** **größte Zurückhaltung** **üben** **in** **der** **Forderung** **neuer** **Gesetze**, die **mit** **neuen** **Besamten** **erforderlich** **machen**. Der **Reichstag** **allein** **kann** **nicht** **die** **Entziehung** **von** **Beamtenstellen** **vornehmen**, sondern **dazu** **bedarf** **es** **der** **Willigkeit** **des** **Ministers**. Es **wäre** **vorteilhaft**, **heute** **den** **deutschnationalen Antrag** **anzunehmen**. Der **Abbau** **muß** **rechtlich** **vorbereitet** **werden**. **Besondere** **erweisen** **sich** **auch** **Ernährungsministerium** **und** **Wiedererbauministerium** **als** **abbaureif**. Eine **zentrale** **Reichsbaubehörde** **können** **wir** **nicht** **entbehren**. Man **darf** **sich** **nicht** **der** **Illusion** **hingeben**, **daß** **wir** **aus** **den** **Deutschen** **Werken** **in** **absehbarer** **Zeit** **größere** **Einnahmen** **erzielen** **werden**. Es **ist** **aber** **auf** **diesem** **Gebiete** **anerkanntswürdige** **Arbeit** **geschieht** **worden**. Die **Zahl** der **Referenten** **für** **diese** **Gesellschaften** **im** **Ministerium** **ist** **zu** **groß**. Wenn die **Fransosen** **von** **Deutschland** **überhaupt** **Reparationsleistungen** **erzielen** **wollen**, **dann** **müssen** **sie** **die** **Bekämpfung** **ab-** **bauen** **oder** **aufgeben**.

Damit **ist** **die** **allgemeine** **Kautsprache** **beendet**. **Nach** **6 Uhr** wird die **Weiterberatung** **auf** **Freitag** **3 Uhr** **verlegt**. **Außerdem** **dritte** **Lesung** **des** **Reichsanzeiges** **und** **Antrag** **gegen** **die** **Ausslieferung** **der** **spanischen** **Synbilitäten**.

Dem **Reichstage** **ist** **vom** **30. Ausschusse** **der** **Entwurf** **des** **Rechnungsverzeichnisses**, **der** **nur** **in** **einigen geringfügigen** **Punkten** **Änderungen** **gegenüber** **der** **ursprünglichen** **Fassung** **enthält**, **zugegangen**. **Neu** **ist**, **daß** **die** **Buchmacher** **erlaubt** **nur** **an** **deutsche** **Reichsangehörige** **vergeben** **werden** **darf**. Die **Buchmacher** **und** **ihre** **Beauftragte** **haben** **bei** **Ausübung** **der** **Rechtstätigkeit** **ein** **Abzeichen** **zu** **tragen**, **und** **es** **darfen** **von** **Buchmachern** **nur** **Weiteinsätze** **von** **mindestens** **300 M.** **angenommen** **werden**.

Der **Unterausschusse** **des** **Gesetzgebungs-** **ausschusses** **des** **Reichstages** **beschäftigte** **sich** **in** **den** **letzten** **Tagen** **mit** **den** **Ordnungsbestimmungen** **für** **die** **Wahlleistungen**. **Er** **kam** **zu** **dem** **Ergebnis**, **daß** **die** **Bekanntmachungen** **verpflichtet** **werden** **sollen** **und** **daß** **unter** **Umständen** **aber** **einen** **Abgeordneten** **auch** **die** **Strafe** **des** **Dienabzugs** **verhängt** **werden** **soll**.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 3. März.

Kochkunstausstellung Dresden.

Aus **Anlaß** **des** **50jährigen Bestehens** **des** **Bereins** **Dresdner Köche** **plant** **dieser** **Berein** **in** **Gemeinschaft** **mit** **dem** **Hotelbesitzerverein** **von** **Dresden** **und** **Umgebung** **den** **Berein** **Dresdner Köche** **und** **der** **Kochkunst** **zu** **Dresden** **am** **15., 16. und 17. März** **die** **Bekanntmachung** **einer** **Kochkunst-Ausstellung** **im** **Sächsischen** **Kunstpalast**. **Die** **Speisen** **männiglicher** **Art**, **die** **auf** **dieser** **Ausstellung** **dem** **Publikum** **gezeigt** **werden**, **sollen** **beweisen**, **daß** **die**

Kochkunst **wie** **in** **Vorkriegszeit** **wieder** **auf** **ihrer** **alten** **Höhe** **steht**. **In** **dankenswerter** **Weise** **haben** **sich** **die** **Ehrenvorsitzende** **des** **gesellschaftlichen Ausschusses**, **Direktor** **Konnesfeld** **(Hotel** **Vesuvius),** **der** **Vorsitzende** **des** **Hotelbesitzervereins** **Trosden** **und** **Umgebung**, **Wilm** **Pansdorf** **(Palasthotel** **Weber),** **der** **Vorstand** **des** **Ausschusses** **für** **Kinderheilung**, **General-** **direktor** **Räder** **(Hotel** **Europäischer** **Hof),** **und** **Traiteur** **Weinhold** **(Garnison)** **gemeinsam** **mit** **anderen** **Kollegen** **erklärt**, **an** **den** **drei** **Tagen** **dieser** **Anstellung** **an** **jedem** **Tag** **450** **bis** **500** **Kinder** **und** **150** **bis** **200** **verschämte** **Arme** **kostenlos** **zu** **speisen**, **ein** **Liebeswerk**, **das** **gewiß** **Beachtung** **verdient**. **Die** **der** **Leitung** **der** **Kochkunst-** **Ausstellung** **zugehörigen** **höchsterzogen** **Expenden** **wes-** **den** **sowohl** **den** **Kindern** **als** **auch** **den** **verschämten** **Armen** **zugute** **kommen**. **Die** **Ausführung** **der** **Ver-** **sehung** **am** **ersten** **Tag** **der** **Ausstellung** **übernimmt** **das** **Palasthotel** **Weber** **mit** **Hotel** **Continental** **und** **Palastweinkellerpächter** **Rathes**, **am** **zweiten** **Tag** **das** **Hotel** **Europäischer** **Hof** **mit** **Hotel** **West-** **minister** **und** **Fremdenhof** **Drei** **Röken** **und** **am** **dritten** **Tag** **das** **Hotel** **Vesuvius** **in** **Gemeinschaft** **mit** **Hotel** **Winger** **und** **Winkelhof** **Hoppe**. **Den** **genannten** **Hotels** **haben** **sich** **andere** **Firmen** **durch** **Spenden** **angeschlossen**. **Das** **zur** **Verteilung** **kommende** **Brot** **liefern** **die** **Brotfabriken** **des** **Kommerzianten** **Wiener**, **die** **Extramühle** **Nä-** **misch**, **die** **Firma** **Klopper** **und** **die** **Prostebel** **Deuben**. **Von** **den** **verschämten** **Firmen**, **die** **be-** **reits** **Wider** **und** **Lebensmittel** **als** **Spenden** **zu-** **gewandt** **haben**, **seien** **hier** **nur** **genannt** **das** **Hotel** **Monopol** **und** **Metropol** **(Hotelier** **Stähle),** **das** **Trompeter** **Schiffchen** **(Hotelier** **Tögel)** **ferner** **die** **Pächter** **von** **Hauptbahnhof** **Weyer** **und** **Berg-** **mann**, **die** **Wäcker** **Angermann**, **das** **Kaffee** **Kumpelmeier**, **Frau** **Röding** **(Englischer** **Garten)**, **die** **Firma** **Lehmann** **&** **Lehmann**. **Weitere** **Firmen**, **die** **nach** **zu** **Spenden** **bereit** **sind**, **werden** **später** **bekanntgegeben**. **An** **den** **Ausstellungs-** **namensmittegen** **wird** **weiter** **an** **eine** **gleiche** **Anzahl** **Kinder** **und** **Armer**, **also** **abermals** **täglich** **an** **400** **bis** **500** **Kinder** **und** **150** **bis** **200** **verschämte** **Arme**, **Kaffee** **und** **Ruchen** **ver-** **teilt**. **Da** **aber** **infolge** **der** **Einverleibung** **viele** **Ortschaften** **zum** **Stadtgebiet** **Dresden** **der** **Entfernung** **wegen** **nicht** **alle** **Kinder** **zu** **Speisung** **herangezogen** **werden** **können**, **weld** **dies** **nur** **mit** **Kosten** **und** **Schwierigkeiten** **verknüpft** **sein** **dürfte**, **ist** **beabsichtigt**, **diesen** **Kindern** **von** **den** **gepflegten** **Geld** **beträgen** **durch** **die** **Fürsorge-** **ämter** **Zuwendungen** **zu** **machen**. **Die** **Leitung** **der** **Kochkunstausstellung** **würde** **es** **daher** **freudig** **beglücken**, **wenn** **sich** **weiterhin** **nach** **mehr** **Spender** **bereit** **finden** **würden**, **dieses** **großherzige** **Liebes-** **werk** **zu** **unterstützen**. **Die** **Herrn** **Pansdorf** **vom** **Palasthotel** **Weber** **und** **Generaldirektor** **Räder** **von** **Hotel** **Europäischer** **Hof** **sowie** **Direktor** **Konnesfeld** **(Hotel** **Vesuvius)** **haben** **sich** **bereit** **erklärt**, **für** **die** **Kemmenisierung** **etwa** **zugeschätzte** **Expenden** **anzunehmen**.

In **der** **Stadtverordnetenversammlung** **am** **gehri-** **gen** **Donnerstag**, **die** **unter** **Vorsitz** **des** **Hrn.** **Vorsethers** **Kuhn** **haltend**, **wurden**

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen für Lehrer.

Eine Lehrstelle an der sächsl. Schule in Nau Radl. ...

Lehrgang über Sanftgubeizung und Käufelämpfung.

Die sächs. Beizung an dem von der sächsl. Hauptstelle für Pflanzenzucht, Dresden-N., ...

Angestelltenversicherung der Bureauangestellten.

Bureauangestellte sind nach dem Angestelltenversicherungsgesetz versicherungspflichtig, soweit sie nicht mit niedriger oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden.

An der Staats- und Tiefbauhochschule in Jitza beginnt am 18. April der Unterricht für das Sommerhalbjahr.

Leipzig. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beruft den diesjährigen Gewerkschaftstest auf Montag, den 19. Juni, nach Leipzig ein.

Bewegung, Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte sowie das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland.

Frankenberg i. Sa. Nach einer Mitteilung des Reichstagsabgeordneten Brodaus in Frankenberg endgültig in Ostklasse B einverleibt worden.

Hohenstein-Ernstthal. In Hohenstein-Ernstthal wird die Errichtung eines Stadtbades geplant.

Döbeln. Die Stadtverordneten haben für bessere Milchversorgung einen Betrag bis zu 30 000 M. bewilligt.

Koschütz. Die Stadtverordneten haben die Ratvorlage betr. Aufnahme einer Anleihe von 50 000 M. für das Stadtbad genehmigt.

K. Rungen. Für die Sammlung Altershilfe des deutschen Volkes, deren Erträge dem unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung besonders notwendigen Alters zugute kommen sollen, hat der Bezirksausschuß entsprechend dem Vorschlag der Amtshauptmannschaft einen Beitrag aus Beitragsmitteln in Höhe von 100 000 M. bewilligt.

S. Zösch. Die Stadt hat einen 16-Wohnungsbau in der Eckhäusergruppe an der Hohenstraße vollendet.

Werklofenfabrikage Wohnungsneubauten in vorhandenen Häusern zu errichten, fast ohne Erfolg geblieben sind.

Volkswirtschaftliches.

Eigende Getreidepreise.

Die Getreidepreise ziehen demnach an und nähern sich in Deutschland bald dem Weltmarktpreis. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der Aufhebung der Hauptgetreideexportkontingente Europas vor und namentlich den deutschen Markt mit einer halben Million Tonnen Weizen verließ, hier nur mit den Vereinigten Staaten, Argentinien und Kanada im Wettbewerb stehend.

Wiederaufnahme der Oberflächenschifffahrt.

Nach der Frostperiode ist die Elbe schiffbar und es wird wieder in der Lage, den Betrieb in vollem Umfang aufzunehmen.

Die Regelung der oberflächlichen Eisenpreise.

In den Verhandlungen des Stahlbundes wurden die oberflächlichen Eisenpreise bestimmt. Die oberflächlichen Werke sind berechtigt, für Lieferungen im Monat März 1922 allgemein einen Mehrpreis zu fordern von 650 M. (unter Festfall des Siemens-Martin-Werkspreises von 300 M.) für einen Umwandlungsgrad von 300 M. für die Berechnung der Oberpreise sind die am 10. Februar 1922 in Kraft getretenen neuen Oberpreise maßgebend.

Antizipation in Auslandsänderung bei der Baumwollanleihe.

Die Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle hat beschlossen, fortan Auftragsträge für Baumwolle nur dann zu befreuen, wenn die Verkäufe nach

hochvalutarischen Ländern in der Währung des betreffenden Landes, jedenfalls aber in Hochvaluta geschlossen sind.

Zustverbindung Berlin-Moskau.

Die Verhandlungen über die Einrichtung einer Luftverbindung Berlin-Moskau, die über lettisch-litauisches Gebiet führen soll, sind bereits ziemlich weit fortgeschritten.

Wöchentliche Berliner Kurse vom 2. März.

Table with 5 columns: Name, 2.3, 2.2, 1.2, 1.1. Lists various stocks and bonds with their respective prices.

Berlin, 2. März. Eisenindustrie.

Table with 5 columns: Name, 2.3, 2.2, 1.2, 1.1. Lists iron industry companies and their prices.

Dresdner Börse, 2. März 1922.

Table with 2 columns: Name, Price. Lists various stocks and bonds traded on the Dresden stock exchange.

Table with 2 columns: Name, Price. Lists various stocks and bonds.

Table with 2 columns: Name, Price. Lists various stocks and bonds.

Table with 2 columns: Name, Price. Lists various stocks and bonds.

Table with 2 columns: Name, Price. Lists various stocks and bonds.

Table with 2 columns: Name, Price. Lists various stocks and bonds.

Die einzelnen Wertpapieren vorgelegten Ziffern bedeuten die Zinsrenten, die nachfolgenden die Prozentzüge oder letzten Dividenden.

